

...ed von
ranken, Jahr.

Die Krux liegt in den Mieten.
500 Franken pro Monat
machen einen viel höheren
Unterschied aus als die Wahl
der Gemeinde – zumindest für
den Normalverbraucher.

DAS BULLETIN

des
alternativen
Zug

Nummer 4 Dezember 2005

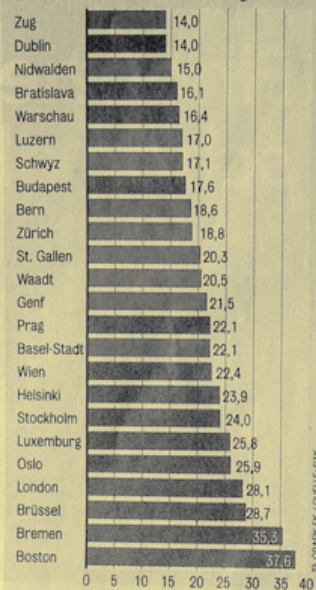
Gewinner gibt es nur wenige: jene
zwei bis drei Prozent Superreichen,
um die sich die Kantone streiten. Sie
werden auf Kosten der Allgemein-
heit noch reicher.

Die Normalverdiener hingegen
sparen pro Jahr bloss einige Dut-
zend Franken. Von den Sparpaketen,
welche die Regierungen vielerorts
schnüren, sind sie hingegen direkt be-
troffen. Dienstleistungen, die bis-
her der Staat finanzierte, müssen die
Bürger künftig selber bezahlen. Ein
einzelner Kanton kann diese Ent-
wicklung nicht verhindern. Wohl
über der Bund: indem er festlegt, dass
degressive Steuern nicht zulässig
sind, weil sie gegen die Gerechtigkeit

lassen würde.
Der Finanzdirektor von
Zug, Peter Hegglin (CVP),
verurteilt die degressive Steuer: «Sie ent-
spricht meiner Meinung nach nicht dem
Grundsatz der Besteuerung nach der wirt-
schaftlichen Leistungsfähigkeit.» Dennoch
könne er nicht ausschliessen, dass sei-
ne Kanton

Steuerbelastung für Unternehmen

Effektive Durchschnittssteuerbelastung in Prozent



3	Editorial Ein Wahljahr steht vor der Tür	16	Glencore Blutige Kohle
4	Doppelspur Cham–Rotkreuz Aufgegleist	17	Zuger Steuerpolitik Die Null-Promille-Grenze
6	Regierungsrat Hanspeter Uster hat sich entschieden	18	EINWURF von LINKS – Fussball und Rassismus Raus aus der Rechtskurve
8	Wahlen 2006 Drei überzeugende Alternative(n)	20	Wohnen in Zug Wo wohnen Sie?
10	Nationalrat Helikopter oder Kinderzulagen?	22	Nachdenken WIDERSPRUCH
13	Nachwahl Risch-Rotkreuz «Ich weiss, was mich in Zug erwartet!»	23	Stadtratslöhne 180'000.–
14	Schweiz–Südafrika Linke Zuger Solidarität	24	Ferienhausgenossenschaft Wohnung mit zwölf Beteiligten
		25	Serviceteil Frontal Buch Veranstaltungen Adressen Alternative Impressum

Der angekündigte 2. Teil des Interviews mit Dr. Daniele Ganser muss auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die Redaktion bittet um Verständnis.

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, Sozialistisch-Grüne Alternative SGA, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von ...

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt
- Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN»

Ein Wahljahr steht vor der Tür

Die BULLETIN-Redaktion wünschte sich für das Editorial eine Einstimmung auf das Wahljahr 2006. Die Leserinnen und Leser zum heutigen Zeitpunkt auf den kommenden Herbst vorzubereiten ist ein hoher Anspruch. Die erst vier Monate junge Alternative Kanton Zug hat in ihrem kurzen Dasein schon manche Herausforderung gut bewältigt. Die engere Zusammenarbeit der sechs alternativen Gruppierungen führt neben der Kraft auch zu Reibung, deren Wärme es zu nutzen gilt. Zuversichtlich schauen wir auf das Wahljahr, eine der grössten Herausforderungen, die es auf dem politischen Parkett zu bewältigen gilt: den Wählerinnen und Wählern unseren Leistungsausweis (Taten nicht Worte) sowie die Ziele der Alternativen in Erinnerung rufen.

«Regionale Wahlen werden heute zunehmend von nationalen Themen und vom Auftreten der Landesparteien und ihrer Köpfe mitbestimmt. Für kleine Lokalparteien besteht deshalb ein Anreiz, sich auf kantonaler Ebene zu bündeln und auf nationaler Ebene ein Dach zu finden,» so schrieb die Neue Zürcher Zeitung am 7. November 2005. Ähnliche Schlussfolgerungen zogen die Alternativen im Kanton Zug schon früher, bündelten sich auf kantonaler Ebene mit der Gründung des gemeinsamen Daches und auf nationaler Ebene mit dem Eintritt von Josef Lang als Nationalrat in die Grüne Fraktion.

Durch den anhaltenden schweizweiten Aufschwung des linksgrünen Lagers erhalten wir Alternativen im kommenden Wahljahr zusätzliche Unterstützung. Auch im Kanton Zug können wir auf Erfolge zurückblicken, die wir unserem steten Einsatz für die Ökolo-

gie, zusätzlich jedoch auch für unseren pointierten sozialen, globalisierungskritischen und armeekritischen Kurs verdanken. Nicht minder wichtig sind Schwerpunkte wie Gesundheitspolitik, Gleichstellungs- und Familienpolitik oder unser Engagement für Steuergerechtigkeit. Zentral ist auch ein faires Asyl- und Ausländerrecht – so unterstützt die Alternative Kanton Zug die Referenden gegen das «Asylgesetz» und das «Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer». Denn Menschenwürde darf nicht mit Füssen getreten werden. Die Alternative Kanton Zug setzt sich dafür ein, dass Verfolgte einen Schutz erhalten.

Mit der kantonalen Steuergesetzrevision werden wir herausgefordert, ein weiteres Referendum zu ergreifen. Die geplante Senkung der Kapitalsteuer für Holdings und die Steuererleichterungen für Grossaktionärinnen und -aktionären bringen einen unzumutbaren Steuerausfall für die Mehrheit der Zuger Bevölkerung mit sich. Die Lebens- und Wohnkosten werden nochmals steigen. Auch sind solche Tiefststeuern gegenüber anderen Kantonen, gegenüber Europa und vor allem gegenüber der Dritten Welt unsolidarisch.

Manuela Weichelt-Picard, Präsidentin
Alternative Kanton Zug.



Die Alternative Kanton Zug schreibt auch im Wahljahr keine politischen Programme nur um der schönen Worte willen. Wir sind eine Kraft, die profiliert umsetzt. Ab Januar 2006 werden wir zusätzlich unterstützt: Der im Kanton Zug aufgewachsene Philippe Koch, Politikwissenschaftler, nimmt seine Arbeit als politischer Sachbearbeiter der Alternative Kanton Zug auf. Herzlich willkommen!

Weiter zeichnet sich die Kooperation mit der SP im Hinblick auf die gemeindlichen und kantonalen Wahlen durch ein gutes Einvernehmen aus. Auch im Wahljahr werden wir als geeinte Kraft linke Politik betreiben. Gemeinsam sind wir stark. Das hat auch in der Vergangenheit die gemeinsame Liste für den Regierungsrat gezeigt.

Bevor wir nun aber das Jahr 2006 schreiben, möchte ich Ihnen liebe Leserin, lieber Leser ganz herzlich für Ihr Zutun zum Erfolg der Alternativen danken und wünsche Ihnen mit Lichterglanz und Lebkuchenduft erst einmal Einstimmung in ruhige und besinnliche Weihnachtstage sowie einen guten Start ins neue Jahr. ■

Aufgegleist

Gute Nachrichten für den öffentlichen Verkehr im Kanton Zug: Die dringend nötige Doppelspur zwischen Cham und Rotkreuz kommt. Und zwar bald, geht es nach den Plänen der SBB. Ende 2008 soll der neue Abschnitt eröffnet werden.

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Fraktion, Zug – Illustrationen BULLETIN und SBB

Meine alternative Kantonsratskollegin Berty Zeiter hat es an der Novembersitzung des Kantonsrates anlässlich eines CVP-Vorstosses für den Sechsspurausbau der A4 auf den Punkt gebracht: «Da, wo mit der Realisierung von Kammerkonzept und Sechsspurausbau acht und auf einer kurzen Strecke gar zehn Spuren geplant sind, führt vorerst nur ein einziges Bahngleis durch.»

Stadtbahn light

Tatsächlich verhindert die fehlende Doppelspur den durchgehenden Viertelstundentakt der S1 bis Rotkreuz. Weniger öffentlichkeitswirksam ist die Verschlechterung der Verbindungen von Zug ins Freiamt, die ihren Grund ebenfalls in dieser Lücke im Schienennetz hat. Die Folge: eine spürbare Zunahme des Autoverkehrs zwischen dem Freiamt und Cham. Und völlig unbefriedigend ist auch der Fahrplan zwischen Rotkreuz und Luzern.

Terminplan Doppelspur

- Öffentliche Planaufgabe Ende 2005
- Plangenehmigungsverfahren bis Ende 2006
- Beginn der Bauarbeiten frühestens Juni 2007
- Inbetriebnahme Ende 2008 auf den Fahrplanwechsel hin

Andererseits hat die Stadtbahn zwischen Zug und Cham sichtbar Leute von der Strasse auf die Schiene gebracht.

Die Beispiele zeigen es: Das Angebot des öffentlichen Verkehrs hat unmittelbare Auswirkungen auf den so genannten Modal-Split zwischen Auto und öffentlichem Verkehr – beidseitig.

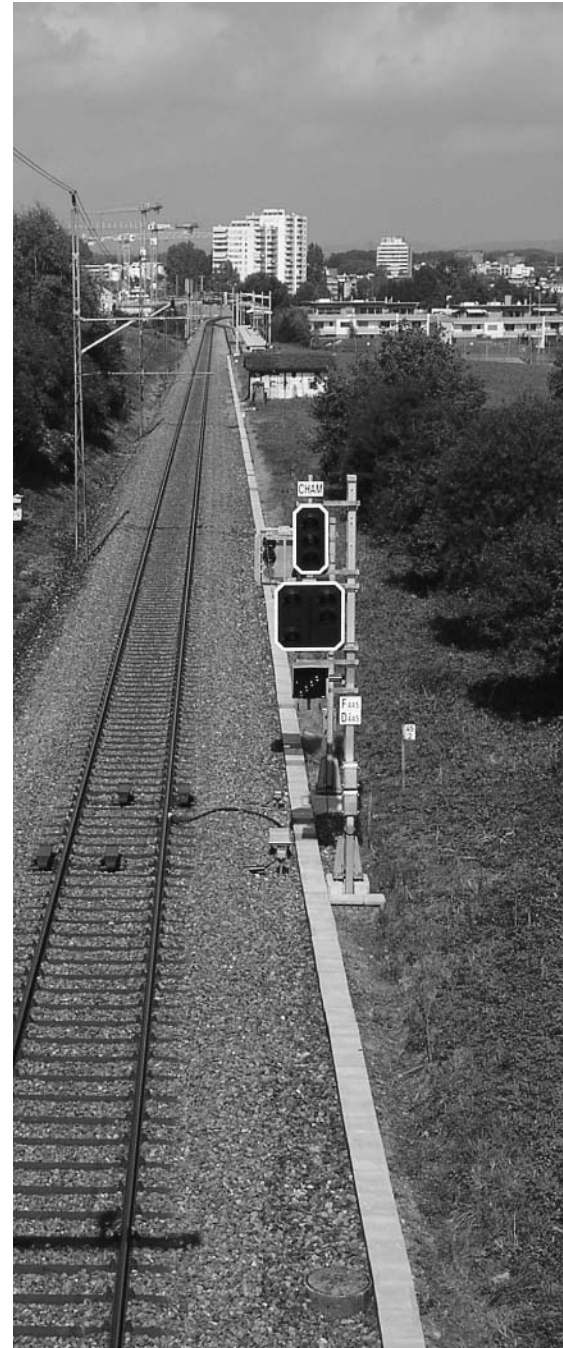
SBB gibt Strom ...

Das weiss auch die SBB. Die Linie Zürich–Luzern ist selbst nach der Einführung des Halbstundentakts schon wieder am Anschlag – die Pendelnden wissen ein Lied davon zu singen. Hier besteht für die SBB dringender Handlungsbedarf – auch aus kommerziellen Überlegungen. Immerhin gehört Zürich–Luzern zu den drei Achsen mit dem höchsten Deckungsbeitrag. Sprich: Die Linie rentiert sehr gut!

Der kurzsichtige, vom Parlament in Bern 1995 verordnete Planungs- und Projektierungsstopp bei Bahn 2000 hat sich gerächt. Die Doppelspur war damals schon ziemlich weit gediehen. Was jetzt den Vorteil hat, dass die Pläne aus der Schublade geholt wurden und das Auflageprojekt schon Ende November eingereicht werden konnte. 44 Millionen Franken soll das Projekt kosten – davon entfallen 22 auf Kunstbauten, 17 auf Bahntechnik und 3 auf Landerwerb.

... der Kanton auch

Nicht nur die SBB will diese Doppelspur, auch der Kanton. Das im Richtplan vorgesehene Projekt wurde durch ein entsprechendes Postulat der Alternativen im Kantonsrat und eine Interpellation von Josef Lang in Bern (von allen Zentralschweizer Nationalratsmitgliedern unterschrieben) unterstützt. Der Kanton drückt seit längerem auf eine schnelle Realisierung. Regierungsrat Suter und dem Amt für öffentlichen Verkehr ist klar, dass der längerfristige



Blick bei der Chämleten in Richtung Norden zum Zythus. Das zweite Geleise kommt auf die rechte Seite zu liegen.

Erfolg der Stadtbahn auch von dieser Doppelspur abhängt.

So ist es logisch, dass der Kanton einen Beitrag an die Doppelspur bezahlen wird. Wieviel das sein wird, hängt von der Fahrplangestaltung ab. Zurzeit laufen die Verhandlungen mit der SBB auf Hochtouren. Was inzwischen sicher ist: Der integrale Viertelstundentakt bis Rotkreuz wird möglich.

Doppelspur light

Und das, obwohl die Doppelspur vorläufig nicht ganz bis Rotkreuz reichen wird, sondern nur bis zur Siedlung Zwiren, quasi eine Doppelspur light. Der Grund liegt bei einem anderen Projekt, das ei-

gentlich Bestandteil der NEAT wäre, aber mit dem Stopp beim Zimmerbergtunnel ebenfalls auf Eis gelegt wurde: die so genannte Spange, welche bei Buonas eine direkte linksufrige Gleisverbindung zwischen Cham und Immensee schaffen soll.

Dass die Spange kommen muss, scheint angesichts des notwendigen Ausbaus der Zubringerstrecken für die NEAT sicher. Bloss ist noch nicht klar, welche der rund zehn möglichen Varianten wann realisiert wird. Weil es in diesem Bereich dannzumal eine ziemlich komplizierte Verzweigung gibt, ist nachvollziehbar, dass die SBB vorläufig die Doppelspur nicht bis in den Bahnhof Rotkreuz, sondern nur bis zu dieser Verzweigung ziehen will. Gleichzeitig wird die SBB auch umfassende Lärmschutzbauten entlang der neuen Doppelspur erstellen!

Und Zürich–Luzern?

Gute Nachrichten also für den Ennetsee, schlechte Nachrichten für die Pendelnden zwischen Luzern und Zürich, denn der inzwischen dringend nötige Viertelstundentakt in den Hauptverkehrszeiten wird auf dieser Achse auch mit Doppelspur light nicht machbar sein. Das Nadelöhr ist hier vor allem die Einfahrt in Luzern und weniger der Einspurabschnitt entlang dem Rotsee, der in geologisch nicht ganz einfachem Gelände liegt, was den Doppelspurausbau dort teuer machen wird.

Auszeichnung für «Bahn und Bus aus einem Guss»

Dass die Stadtbahn ein Imageträger weit über den Kanton hinaus ist, zeigte sich bei der diesjährigen Verleihung des Innovationspreises Öffentlicher Verkehr. Das erfolgreiche Zuger ÖV-Projekt gewann dank der Leserschaft der Konsummagazine «Saldo» und «J'achète mieux» den ersten Preis!

Dann kommt Thalwil

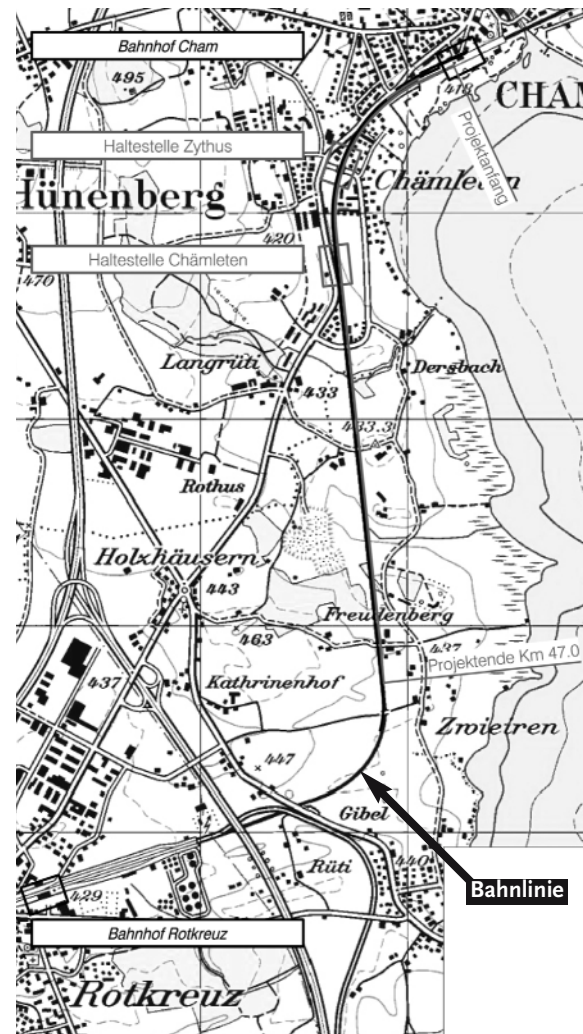
Ja, und wenn der Zugang Luzern ausgebaut sein wird, folgt ein neues Nadelöhr: der Knotenpunkt Thalwil, der heute schon punktuell überlastet ist. Das Bahnnetz der SBB ist heute in den dichten Agglomerationsgebieten so intensiv genutzt und miteinander verwoben, dass die Kapazitäten und möglichen Fahrpläne mit vielen Abhängigkeiten behaftet sind. Ist eine Schwachstelle behoben, erscheint bereits die nächste.

Was uns zur Spange zurückführt: Wann und wie diese gebaut wird, entscheidet Bundesbern. Eigentlich unter der Fuchtel des Spardrucks beschlossen und von der Rechten als ÖV-Bremse gedacht, wird dort jetzt an einer durchaus notwendigen Gesamtschau gearbeitet, damit die Projekte von ihren Abhängigkeiten her in sinnvoller Reihenfolge und Etappierung gebaut werden.

Kansas und ZEB

«Kapazitätsanalyse der Nord-Süd-Achsen des schweizerischen Schienennetzes» – kurz Kansas – nennt sich ein Projekt, das der Nationalrat im Februar gegen die Stimmen der SVP beschlossen hat. Damit sollen die Projekte der 2. Etappe von Bahn 2000 mit den Kapazitätsbedürfnissen auf dieser strategischen internationalen Bahnachse abgestimmt wie auch Engpässe und Prioritäten aufgezeigt werden. Die Resultate von Kansas werden eine wichtige Grundlage für ZEB sein. ZEB steht für «Zukünftige Entwicklung von Bahngrossprojekten». Damit ist eben diese grosse Auslegeordnung gemeint, welche das Parlament verordnet hat und bis 2007/2008 vorliegen sollte.

Die Spange ist ein Bestandteil von ZEB, denn sie gehört zur Nord-Süd-Transitachse. Ebenso gehört der Zimmerbergtunnel dazu und auch das Regime auf der Schiene rund um den Zugersee. Das von der SBB ursprünglich



Schon 2008 könnte die Bahn-Doppelspur zwischen Rotkreuz und Cham Realität sein.

favorisierte Einbahnsystem (Richtung Süden auf der Rigiseite, Richtung Norden auf der Zugerbergseite) scheint inzwischen nicht mehr im Vordergrund zu stehen.

Wie auch immer: Ein guter Teil der regionalen und überregionalen ÖV-Kapazitäten im Kanton Zug werden dereinst direkt oder indirekt in Bern beschlossen. Gut zu wissen, dass im Nationalrat mit Jo Lang auch ein klarer Verfechter des ÖV aus Zug sitzt. ■

Hanspeter Uster entschied sich

Am 24. Oktober riefen die Alternativen Kanton Zug zu einer Medienkonferenz. Grund: Hanspeter Uster hatte sich entschieden, nach 16 Jahren im Zuger Regierungsrat nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zu kandidieren. In einem persönlichen Gespräch legt er seine Beweggründe dar und blickt nochmals zurück. Ein Zurückschauen mit Blick voraus.

Philipp Bischof, BULLETIN-Redaktor – Bild, istockphoto.com



Hanspeter Uster wird nach 16 erfolgreichen Jahren aus der Regierung scheidet.

Hanspeter Uster wird mit knapp 49 Jahren anderes anpacken können, wie er an der Medienkonferenz am 24. Oktober 2005 versicherte. Wie seine neue Zukunft im Detail genau aussehen werde, wisse er allerdings noch nicht, aber genau das ermögliche ihm einen Blick über das Alltagsgeschäft hinaus – einen befreienden Blick.

Dieser Entscheid sei ihm nicht leicht gefallen. Denn die Arbeit als Regierungsrat schaffe vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die es nur in wenigen Berufen gibt. Aber trotzdem, mit seiner Familie freue er sich auf den Lebensabschnitt danach.

Ein Blick zurück

Rückblickend waren seine Jahre als Zuger Regierungsrat spannend und von verschiedenen Ereignissen geprägt. Seine politische Lehrzeit begann im Frühling 1981, als er – zusammen mit einer grossen Zahl Zuger Jugendlicher – die damals leer stehende alte Kaserne und heutige Stadtbibliothek besetzte und aus ihr ein autonomes Jugendhaus machte. Damals lernte er viel, ist Uster heute überzeugt. Auch das Verhandeln mit Behörden, mit denen er mit seinen Mit-

streitern einen langdauernden Betrieb aushandeln konnte. Die damals gesammelten Erfahrungen kamen ihm später sowohl im Kantonsrat als auch nach der Wahl in den Regierungsrat zugute.

Mutige Asylpolitik

So zum Beispiel in der Asylfrage 1991 mit der Weigerung, Polizei aus dem Kanton Zug abzuordnen, um Kurdinnen und Kurden von Flühli-Ranft auszuschießen. Ausserdem hat er sich gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht ausgesprochen. Auch bei den Kosovo-Flüchtlings konnte er zeigen, dass es auch anders geht: mit Dialog statt Ausgrenzung und Repression. Mit allen Betroffenen wurde vorher mindestens ein persönliches Gespräch geführt. So konnte der Kanton Zug eine sehr hohe Zahl von Menschen überzeugen, freiwillig in den Kosovo zurückzukehren.

Zeichen gesetzt

Zug gehörte zu den ersten, die den Gastgewerbebereich liberalisierten. Mit diesem neuen Gesetz konnte er ein weiteres Zeichen setzen: kein Fähigkeitsausweis mehr für Wirte, die Abschaffung der Po-

lizeistunde und der Bedürfnisklausel. Das Gesetz war so liberal, dass damals sogar die Bürgerlichen staunten. Für ihn war allerdings auch hier die soziale Frage entscheidend, erklärt Uster. Diese Liberalisierung war deshalb möglich, weil das Gastgewerbe einen allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag hatte. Bei den Ladengeschäften sei eben dies nicht der Fall, deshalb lehne er hier eine Ausweitung der Öffnungszeiten auf den Sonntag ab.

Bestimmt hat er weiter, dass Zug keine ausländerrechtlichen Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen erteilt. Grundsätzlich gehe es hier um den Schutz von Frauen aus dem Osten oder aus der Dritten Welt, die mit diesem prekären Aufenthaltsstatut oft gezwungen werden, sich zu prostituieren, bekräftigt der Baarer Politiker.

Wirtschaftskriminalität bekämpfen

Ein weiteres wichtiges Anliegen seinerseits ist und war die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Auf dem Finanz- und Handelsplatz Zug wie in der ganzen Schweiz dürfe es kein schmutziges Geld geben, erklärt Hanspeter Uster. Dazu braucht es genügend Mittel und Personal in der Wirtschaftsabteilung der Zuger Polizei sowie eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Untersuchungsrichteramt im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Dieser Stand müsse unbedingt erhalten bleiben. Und dazu bräuchte es – beim grossen Zuger Wachstum bei Bevölkerung und Firmenzahl – auch die entsprechenden Personalstellen; sonst bliebe in Zukunft der Wille, die Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen, nur ein Lippenbekenntnis.

Die Höhen ...

Als Landammann den Kanton Zug repräsentieren zu können, war sicherlich einer seiner Höhepunkte als Regie-

Dank Uster ein Kanton mit liberalem Gastgewerbe-gesetz.

rungsrat. Damals äusserte er sich in den Medien kritisch zum Zuger Finanz- und Handelsplatz sowie zur Steuerpolitik. Dies reichte einigen, um ihm als Linksalternativen die Würde abzusprechen, Landammann zu werden. Der Kantonsrat hat ihn dann mit dem – bis dahin – schlechtesten Resultat gewählt, was für ihn ein indirektes Kompliment sei.

Doch gerade als Landammann konnte er mit der Jubiläumsfeier zum 650. Jahrestag des Eintrittes Zugs in die Eidgenossenschaft Zeichen setzen. Dies wie auch schon 1998 mit dem Doppeljubiläum 150 Jahre Bundesstaat sowie 200 Jahre Helvetik. Und bei den Regierungsratswahlen 2002 hatte er dann das beste persönliche Resultat aller Kandidierenden und die gemeinsame Liste SP/Alternative war klar die stärkste.

... und die Tiefen

Das Attentat vom 27. September 2001 hat jedoch auf all das ein ganz anderes Licht geworfen, auch vieles relativiert, was normalerweise wichtig scheint. Es habe ihn verändert, dünnhäutiger gemacht, erklärt Uster. Doch andere hätten viel Schlimmeres erlitten, einen liebsten Menschen verloren oder seien schwer verletzt geblieben, an Körper und Seele.

Im Herbst 2002 besetzte eine neu entstandene Jugendbewegung das leer stehende Zeughausareal im Norden der Stadt. Hanspeter Uster versuchte, die für Kultur- und Wohnungsfragen zuständige Stadt zu überzeugen, die jungen Menschen nicht als Störung, sondern als Bereicherung zu verstehen und das Potential an Phantasie und Gestaltungswillen zu nutzen. Doch die Stadt schob ihm den Ball zu, ohne dass er über irgendwelche Mittel für Kultur verfügte und etwas hätte gestalten können. Er versuchte, das VBS zu bewegen, nicht sofort zu räumen, was mit einer juristischen Begründung gelang. Und die Polizei musste das Zeughausareal nach etwa neun Mona-



ten räumen, was friedlich geschah. Doch bei einer Demo gab es dann – erstmals in Zug – Sachbeschädigungen, weshalb die Polizei eingriff. Im September 2003 löste die Polizei zudem eine unbewilligte Demo auf. Eine absolut schwierige Situation für ihn, sagt Uster rückblickend.

Blick in die Zukunft

Hanspeter Uster ist überzeugt, dass am 7. August 2005 für die Alternativen durch die Gründung der Alternative Kanton Zug ein neues Kapitel begonnen hat. Diese Bündelung der Kräfte lässt die Zuger Alternative noch erfolgreicher werden, hofft der Noch-Regierungsrat. Warum? Als einzige Zuger Partei waren die Alternativen für den neuen gesamtschweizerischen Finanzausgleich NFA. Nationale Solidarität steht für die Alternativen klar vor Sonderinteressen.

Und sie haben eine dezidiert kritische Haltung zur Zuger Steuerpolitik. Für Wenig- und Normalverdienende wird es zunehmend schwieriger, das Leben in Zug zu bezahlen. Denn tiefe Steuern heisst automatisch auch hohe Miet- und Lebenskosten. Die Alternativen lehnen darum den unsolidarischen Steuerwettbewerb gegenüber den übrigen Kantonen und dem Ausland, wo Menschen extrem unter Steuer- und Kapitalflucht leiden, klar ab. Diese Haltung sei im Regierungsrat immer in der Minderheit geblieben, aber sie mache einen wichtigen Teil der alternativen Identität aus, so

Uster. Deshalb wurde die SP bereits angefragt, ob sie mit den Alternativen zusammen gegen die von der Regierung vorgeschlagene nochmalige Senkung der Kapitalsteuern für Holdinggesellschaften und die Milderung der Doppelbesteuerungen für Aktionärinnen und Aktionäre das Referendum ergreifen.

Alternative setzen sich ein

Weiter setzen sich die Alternativen ein für gleiche Rechte und Chancen aller Menschen, nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Umwelt, mehr günstige Wohnungen zugunsten von Wenig- und Normalverdienenden, genügend Arbeitsplätze, Lehrstellen und faire Arbeitsbedingungen, Bildung und Gesundheit, und zwar für alle erschwinglich, die Gleichstellung von Frau und Mann in Politik, Arbeitswelt und Privatleben sowie eine Familienpolitik, die das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt.

Wahlen 2006

Genau diese Themen gelte es bei der nächsten Wahl im Herbst 2006 zu vermitteln, ist Uster überzeugt. Die gemeinsame Liste von Alternativen und SP sei das eigentliche Erfolgsgeheimnis der Zuger Linken. Hanspeter Uster ist überzeugt, dass die Zuger Linke mit einer gemeinsamen Liste von Alternativen und SP die zwei Sitze erneut machen werde. ■

Drei überzeugende Alternative(n)



Starkes Dreierticket für den Regierungsrat – Manuela Weichelt-Picard (rechts), Erwina Winiger Jutz und Patrick Cotti.

Manuela Weichelt-Picard, Erwina Winiger Jutz und Patrick Cotti: Drei engagierte Alternative streben einen Sitz in der Zuger Regierung an.

Wahlausschuss der Alternativen – Bild Christoph Schumacher, dunkelweiss

Die Alternative Kanton Zug freut sich, dass drei starke politische Persönlichkeiten ihr Interesse bekunden, die Nachfolge von Regierungsrat Hanspeter Uster anzutreten. Manuela Weichelt-Picard, Erwina Winiger Jutz und Patrick Cotti verfügen über die Führungserfahrung, welche für das anspruchsvolle Regierungsammt nötig ist.

Es ist im Kanton Zug in den kommenden Jahren von grosser Bedeutung, dass soziale und ökologische Anliegen sowie die nationale und internationale Solidarität in der Regierung weiterhin kompetent und konsequent vertreten werden. Manuela Weichelt-Picard, Erwina Winiger Jutz und Patrick Cotti haben mit ihrer bisherigen politischen Tätigkeit bewiesen, dass kritisches, transparentes und faires Politisieren Früchte trägt.

Die Zuversicht, zwei Sitze zu machen

Der Aufwärtstrend für Linksgrün ist in der ganzen Schweiz spürbar. Dies zeigen Parlaments- und Regierungsratswahlen, aber auch die Abstimmungen –

so das Ja zu Gentechfrei-Initiative. Die Alternativen verfügen mit den drei Frauen und Männern über die Personen, welche diesen Trend bei den Regierungsratswahlen glaubwürdig umsetzen können. Wir sind überzeugt, dass die gemeinsame Liste von Alternativen und SP über das Potential verfügt, dass im Regierungsrat weiterhin zwei profilierte Linke vertreten sind.

Die Alternative Kanton Zug strebt zudem Sitzgewinne im Kantonsrat sowie starke Resultate in den Gemeinderatswahlen an.

An der Nominationsversammlung im Frühling 2006 bestimmt die Parteibasis, mit welchen Kandidatinnen und Kandidaten die Alternativen an den Regierungsratswahlen teilnehmen. ■

Patrick Cotti

Patrick Cotti war von 1999 bis 2004 Mitglied der Alternativen Fraktion des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug. Seit 2005 engagiert er sich im Vorstand der Alternative Kanton Zug. Seine Schwerpunkte sind Sozialpolitik (zweite Tagesschule für die Stadt, Schaffung von günstigem Wohnraum, Integration von Randgruppen), Kultur- und Jugendpolitik (Jugendarbeitslosigkeit, Skateranlage am See) und Finanzpolitik.

Patrick Cotti ist seit 1999 Leiter der Kantonalen Strafanstalt Zug. Er hat Germanistik und Musikwissenschaft studiert (lic.phil.I). Cotti ist verheiratet, Vater von drei Kindern und in Zug aufgewachsen und wohnhaft.

Patrick Cotti: «Der Kanton Zug ist durch seine globale Vernetzung und seinen Wohlstand in einer speziellen Situation. Umdenken und umlenken in Bezug auf die immer rasantere Entwicklung ist ein zentrales Thema. Wir müssen vermehrt darauf achten, wie sich unsere Entscheide gegenüber Natur und Menschen auswirken. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass der Staat seine regulierenden Aufgaben wahrnimmt und zusammen mit der Wirtschaft soziale und globale Verantwortung übernimmt. Dazu gehört, dass das Geld gerechter verteilt wird, so dass Zug auch für die Unter- und Mittelschicht wieder lebbarer wird - zum Beispiel durch gemeinnützigen Wohnungsbau oder die Verbilligung der Krankenkassenprämien. Die Neuverteilung von Aufgaben zwischen Gemeinden und Kanton, Staat und Wirtschaft muss ohne ideologische Brille sachlich diskutiert werden. Das durch die ZKB aufgegleiste Projekt für junge Stellensuchende geht bereits in diese Richtung.»

Erwina Winiger Jutz

Erwina Winiger Jutz gehört seit 2002 dem Kantonsrat an, wurde 2003 Rats-Vizepräsidentin und steht seit 2005 als erste Alternative Politikerin dem Zuger Kantonsrat als Ratspräsidentin vor. Sie war Mitglied in mehreren ständigen Kommissionen und hat verschiedene Vorstösse, vor allem in den Bereichen Verkehr, Ökologie und Bildung, eingereicht. Auf gemeindlicher Ebene hat sie Einsitz in der Schulkommission und im Stimmbüro. Sie ist Mitglied des Vorstandes Alternative Zug.

Erwina Winiger Jutz ist Schulleiterin an der Oberstufe Steinhausen, Lehrerin und diplomierte Erwachsenenbildnerin. Sie ist verheiratet und wohnt in Cham.

Erwina Winiger Jutz: «Die Kandidatur für einen Regierungsratssitz ist die logische Fortsetzung meiner politischen Tätigkeit. Das Amt als Kantonsratspräsidentin gewährt mir viele Einblicke in das Funktionieren des Kantons und erlaubt mir Kontakte zu allen Bevölkerungsschichten. Dank der politischen Tätigkeit und durch meine berufliche Arbeit habe ich mir breite Führungsqualitäten sowie grosses Fachwissen angeeignet, was für das Regierungsamt unabdingbar ist. Weil mir der Kanton Zug und seine Zukunft sehr am Herzen liegen, suche ich nach tragbaren Lösungen auch über Parteigrenzen hinweg. Ich möchte mein Know-how in die Regierung einbringen, um einen sozialen, umweltverträglichen und bildungspolitisch interessanten Kanton Zug zu gestalten.»

Manuela Weichelt-Picard

Manuela Weichelt-Picard ist Präsidentin der Alternative Kanton Zug. Von 1994 bis 2002 vertrat sie die Frische Brise Alternative Steinhausen im Zuger Kantonsrat. Dort war sie ein kompetentes und engagiertes Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für Spitalfragen. Von 1996 bis 2002 war sie zudem Fraktionschefin der Alternativen Fraktion im Kantonsrat. Weichelts Schwerpunkte sind Gesundheits- und Sozialpolitik, Familien- und Gleichstellungspolitik, Umweltpolitik (zum Beispiel Gentesfrei-Initiative) und Wirtschaftspolitik (z.B. Referendum gegen Swiss-Kredit).

Manuela Weichelt-Picard ist persönliche Mitarbeiterin der Vorsitzenden der Geschäftsleitung eines grossen Hilfswerkes. Sie hat einen «Master of Public Health»-Studiengang erfolgreich abgeschlossen und ist zudem ausgebildete Sozialarbeiterin sowie Krankenschwester. Manuela Weichelt-Picard lebt in Zug.

Manuela Weichelt-Picard: «Als aktive Politikerin und Berufsfrau verfüge ich über vielfältige Fähigkeiten und ein grosses Wissen, welche ich in die Regierungstätigkeit einfliessen lassen möchte. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung in Politik und Verwaltung sind mir viele Abläufe bestens bekannt. Ich besitze auch die notwendige Führungserfahrung. Ich bin motiviert, die glaubwürdige soziale und ökologische Politik von Hanspeter Uster in der Regierung fortzusetzen. Es ist mir wichtig, dass auch weniger finanzkräftige Menschen oder solche ohne Stimm- und Wahlrecht über eine Stimme in der Regierung verfügen. Zudem möchte ich dem akuten Frauenmangel in der Regierung aktiv entgegen wirken.»

Helikopter oder Kinderzulagen?

Die wichtigsten Fragen in den beiden ersten Wochen der Wintersession waren die Kinderzulagen, das Budget und der Helikopter. Einer der drei Zuger war für Sparen beim Militär, die anderen beiden beim Ökologischen und Sozialen.

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug
– Bilder Natalie Chiodi

28. November: Zuallererst wählen wir den Baselbieter SP-Vertreter Claude Janiak zum Nationalratspräsidenten. Mit Claude arbeitete ich zusammen in der Kampagne für das Partnerschaftsgesetz. Der neuen Vizepräsidentin Christine Egerszegi schenke ich das ein paar Tage zuvor erschienene Buch über den freisinnigen Pionier Augustin Keller. Damals verkörperte der radikale Vorkämpfer der Judenemanzipation den Aargauer Freisinn. Heute ist es der asyl- und ausländerpolitische Scharfmacher Philipp Müller. Ein Rechtsrutsch, der im Zuger Freisinn nicht kleiner ist! Als Sprecher der Minderheit der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) be-



Überraschung dank Kinderzulagen.

antrage ich erfolglos den Verzicht auf das 327 Millionen teure Militärische Immobilienprogramm. Ich weise darauf hin, dass wir dieses sinnlos verlochete Geld in der Budget-Debatte vermissen werden. Ich reiche eine Frage ein gegen den Vorschlag des Bundesrates, zukünftig ausgedientes Kriegsmaterial an die Herkunftsländer, beispielsweise die USA, zurückzusenden.

Konfliktbearbeitung vs. Militärausgaben

29. November: Das Hauptthema sind die Kinderzulagen. Die beiden Zuger Nationalräte, die sich am Vortag gegenüber der Armee grosszügig erwiesen, verhalten sich gegenüber Familien und Kindern knauserig. Da die Mehrheit der CVP – abgesehen von ein paar männlichen Ausnahmen – ihrem familienpolitischen Anspruch für einmal gerecht wird, setzt sich das ursoziale Anliegen durch.

30. November: Schlechter ergeht es dem Anliegen der Wohnbauförderung. Der Vorstoss der Berner Sozialdemokratin Margarethe Kiener Nellen zur Aufhebung der Sparmassnahmen auf Kosten der Mieterinnen und Mieter wird von den meisten Bürgerlichen abgelehnt.

1. Dezember: Im Eintreten zur grossen Budget-Debatte gibt Theres Frösch im Namen der Grünen Fraktion bekannt, dass wir dem Budget nur zustimmen, wenn es für das Soziale, die Ökologie und die zivile Konfliktbearbeitung mehr und für das Militär und den Strassenbau weniger ausgibt, als es der Bundesrat vorschlägt. Ich reiche zwei Vorstösse zum Schicksal der Roma im Kosovo ein.

5. Dezember: Im Rahmen der Budget-Debatte wehre ich mich für eine Vergrösserung des EDA-Betrags zugunsten der zivilen Konfliktbearbeitung und der Menschenrechtspolitik und für eine Streichung des VBS-Postens Projektierung und Evaluierung von neuem Armeematerial. Wer beim Militär sparen will, muss ganz am Anfang ansetzen.

Immerhin erreichen wir, dass es im ersten Fall keine Kürzung und im zweiten Fall eine solche gibt. In der Abstimmung über zusätzliche Kürzungen bei der Entwicklungshilfe gehöre ich – im Unterschied zu den beiden Zuger Kollegen – dank Unterstützung der meisten CVP-Mitglieder der Mehrheit an.

Grüne gegen Budget

6. Dezember: Mit 81 zu 93 Stimmen verlieren die Linke und die CVP-Mehrheit eine Budget-Abstimmung zur Verteidigung von 200 Lehrstellen beim Bund. Hätten die acht CVP-Männer, welche mit der SVP stimmten, die eigene Fraktion unterstützt, wäre die Abstimmung gegen die Lehrstellennot anders ausgefallen. Die drei Zuger Nationalräte verhielten sich in dieser sozialen Frage gleich wie bei den anderen bereits erwähnten. Ich reiche zwei Vorstösse zur Kollaboration der Schweiz mit Südafrika ein.

7. Dezember: Die Grüne Fraktion lehnt mit einer Minderheit der SP das Budget ab, weil es zu wenig sozial, grün und solidarisch ist. Die SVP-Mehrheit ist dagegen, weil sie ihre Sparvorschläge, die ausser dem Militär fast alles betrafen, in vielen Fällen nicht durchbrachte. Das Budget wird mit 96 zu 65 Stimmen bei 19 Enthaltungen (12 davon SP) angenommen.

8. Dezember: In der Helikopter-Debatte, in der es immerhin um 310 Millionen Franken geht, wird der Antrag der SiK-Minderheit Banga (der ich angehöre) mit 81 zu 100 Stimmen abgelehnt. Der SP-Kollege hatte verlangt, dass der Helikopter erst und nur getätigt wird, wenn die Wettbewerbskommission grünes Licht gegeben haben wird. Die geschlossene Linke wird von zwei CVP-Mitgliedern, einem Walliser und einem Jurassier, und immerhin 13 kritischen SVPlern unterstützt. Bei der Zuger Delegation lautete das Resultat 2:1 für die Helikopter-



Nach dem Absturz der Cannabis-Vorlage in der Sommersession 2004 wurden zwei Wege eingeschlagen: Lancierung einer Volksinitiative, welche die Legalisierung von Hanf verlangt und anfangs 2006 eingereicht wird. Und: Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgruppe aus den vier Fraktionen Grüne, SP, FDP und CVP, welche die liberalen Provisorien wie die Heroinabgabe definitiv machen und in der Cannabis-Frage einen Kompromiss entwickeln will. Josef Lang gehört sowohl dem Initiativ-Komitee, das etwa 110'000 gültige Unterschriften sammelte, als auch der überfraktionellen Arbeitsgruppe an. Diese überreichte am 3. Oktober dem zuständigen Bundesrat Pascal Couchepin in dessen Büro einen «Letter of Intent». Der von der parlamentarischen Arbeitsgruppe ausgearbeitete Text wird über diese hinaus von praktisch allen in der Drogenpolitik relevanten Organisationen unterstützt.

beschaffung. Mein Antrag, definitiv auf das Heli-Geschäft zu verzichten, wird mit 62 zu 106 Stimmen abgelehnt. Danach ergreife ich das Wort zugunsten der Abschaffung der Gewissensprüfung beim Zivildienst. Ich lehne die Gewissensprüfung als menschenrechtswidrig ab. Zudem rechne ich vor, dass eine Ablehnung eines Gesuchs den Bund 41'140 Franken kostet. Ob sich solche ethische und finanzielle Argumente durchsetzen, kommt erst nach Redaktionsschluss des BULLETINS aus.

Die im nebenstehenden Sessions-Tagebuch erwähnten Vorstösse von Josef Lang werden samt den eingereichten Fragen im Folgenden zur Vertiefung aufgeführt.

Fragen zur Zusammenarbeit der Schweiz mit der CIA

Offensichtlich liess Bundesrat Blocher seinen Geheimdienst für die CIA arbeiten. Gemäss Aussagen der US-Amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, des Menschenrechtsbeauftragten des Europarates und von Medienberichten besass der Schweizerische Geheimdienst Informationen

über geheime CIA-Gefängnisse in Osteuropa, hat sich der Schweizer Inlandgeheimdienst DAP an der Auslieferung des US-Bürgers José Padilla an die USA beteiligt, führen Spuren der Verschleppung des Iman Abu Omar aus Mailand nach Kairo in die Schweiz und unterhält oder unterhielt die CIA ein Geheimgefängnis im Kosovo.

Darum stellte ich dem Bundesrat folgende Fragen:

- Ist es wahr, dass schweizerische Nachrichtendienste von Gefängnissen in Osteuropa Kenntnis haben?
- Ist der Bundesrat bereit, die Öffentlichkeit über den diesbezüglichen Wissensstand der Schweizer Nachrichtendienste zu informieren?
- Kann sich der Bundesrat erklären, wieso Human Rights Watch zur Einschätzung kommt, dass namentlich der Schweizer Geheimdienst über Gefängnisse in Osteuropa im Bild sei?
- Welche Rolle spielen schweizerische Geheimdienste bei der Jagd der CIA auf angebliche Terroristen und bei deren allfälligen Auslieferung an Folterstaaten oder nach Guantanamo?
- Findet es der Bundesrat rückblickend vertretbar, dass der Inlandgeheimdienst

DAP den angeblichen Terroristen José Padilla 2002 in Zürich observierte, die Beobachtungen der CIA weiterlieferte und dieser half, diesen zu verhaften?

- Was weiss der Bundesrat über die allfällige Anwesenheit von CIA-Kidnapern in der Schweiz?
- Ist der Bundesrat bereit, gegen die verdächtigen Agenten einen vorläufigen und nach der Klärung der Beteiligten im Entführungsfall Abu Omar einen dauernden Einreisestopp für die beteiligten Personen auszusprechen?
- Weiss der Bundesrat, ob es beim Aufenthalt der CIA-Agenten in der Schweiz zu illegalen Aktivitäten gekommen ist?
- Wie unterstützt der Bundesrat die Bemühungen von Dick Marty, der im Auftrag des Europarates unter anderem die Existenz von Geheimgefängnissen in Ost- und Südeuropa untersucht?
- Ist der Bundesrat bereit, bei einer Bestätigung des Guantanamo-Verdachts im Kosovo die Swisscoy zurückzuziehen, damit die Schweiz nicht zur wesentlichen Komplizin von Menschenrechtsverletzungen wird?
- Gedenkt der Bundesrat im Falle einer Bestätigung der erwähnten Vorwürfe gegen die CIA die privilegierte Zusam-



310 Millionen Franken für Helis – auch dank Zuger Unterstützung?

menarbeit mit diesem «Partnerdienst» einzustellen?

Apartheid und Schweiz

Über die Kollaboration des Schweizer Militärs und Kapitals mit dem Rassenregime liegt vieles noch im Dunkeln. Mit einer Motion und einer Interpellation will Josef Lang mehr Klarheit schaffen. Die Motion «Wirtschaftskollaboration mit Apartheid-Regime» verlangt einen Zusatzbericht über die Privatwirtschaft: Wie unter den gegebenen Forschungsbedingungen zu erwarten war, hat der kürzlich veröffentlichte wissenschaftliche Schlussbericht (NFP42+) «Beziehungen Schweiz – Südafrika» bezüglich der Rolle des Finanzplatzes Schweiz, der Schweizer Grossbanken und über das Verhalten von Firmen, die Niederlassungen/Direktinvestitionen in Südafrika hatten, sowie die Umgehungsgeschäfte, insbesondere im vitalen Ölbereich kaum Resultate vorzuweisen. Die internationale Fachwelt ist sich einig, dass die Schweizer Grossbanken und gewisse Rohstoffkonzerne für Südafrika eine Schlüssel-

rolle spielten. Zusätzlich lief die Umgehung des UNO-Boykotts über die Schweiz durch die Filialen südafrikanischer Unternehmen. Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, eine unabhängige Untersuchung über die Rolle der Banken, die Umgehungsgeschäfte und über das wirtschaftliche Verhalten der Schweizer Unternehmen in Südafrika in Auftrag zu geben.

Die Interpellation «Schweiz-Südafrika: Nachrichtendienste und Waffenexporte» soll die staatliche Mittäterschaft stärker beleuchten. Der erwähnte Schlussbericht «Beziehungen Schweiz – Südafrika» hat verschiedene offene Fragen zutage befördert. Insbesondere die Studie Hug hat gezeigt, dass die verwaltungsinternen Untersuchungen bezüglich Nachrichtendienst und Kriegsmaterialexport auf unvollständigen bzw. falschen Informationen beruhten. Deshalb bitten wir den Bundesrat folgende Fragen zu beantworten: Was gedenkt der Bundesrat vorzukehren, dass die Frage der Zusammenarbeit schweizerischer Nachrichtendienste mit südafrikanischen wirklich geklärt werden? Ist der Bundesrat bereit, aufgrund der neuen

Datenlage, eine unabhängige Untersuchung über die Beziehungen des schweizerischen Nachrichtendienstes zu Südafrika und über die schweizerischen Kriegsmaterialexporte nach Südafrika zu veranlassen?

Kein Kosovo ohne Roma

Zum Schicksal der Roma im Kosovo stellte Josef Lang am 1. Dezember ein paar kritische Fragen:

Seit der völkerrechtswidrigen NATO-Intervention im Frühjahr 1999 wurden 120'000 der 150'000 im Kosovo lebenden Roma, Aschkali und «Ägypter» vertrieben und verdrängt. Die Zurückgebliebenen leiden unter massiver Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Mangelernährung und medizinischer Unterversorgung. Da das Rückkehrrecht der Vertriebenen und die Menschen- und Minderheitenrechte der Verbliebenen unter die Räder der angelaufenen Statusverhandlungen zu geraten drohen, stelle ich dem Bundesrat die folgenden Fragen:

Wie beurteilt der Bundesrat die Tatsache, dass in den letzten sechseinhalb Jahren unter den Augen der so genannten Schutztruppen der Kosovo praktisch «zigeunerfrei» gesäubert wurde?

Wie stellt sich der Bundesrat zur Forderung, dass alle Minderheiten, insbesondere die Roma, zwingend in die aktuellen Verhandlungen zur Statusfrage einzubeziehen sind?

Wenn ja: Wie gedenkt er dies zu tun? Welche konkreten Projekte verfolgt der Bund, um zur Rückkehr, Integration und Sicherheit von Angehörigen ethnischer Minderheiten, insbesondere der Roma, im Kosovo beizutragen? Welche Mittel sind dafür vorgesehen?

Plant der Bundesrat, sein entwicklungspolitisches Engagement im Kosovo nach einem Abschluss der Statusgespräche mit der Frage der Minderheitenrechte zu verknüpfen? ■

«Ich weiss, was mich in Zug erwartet!»

Infolge des Wegzugs der bisherigen Rischer Kantonsrätin des Gleis 3, Lilian Hurschler, in den Kanton Zürich wurde am 27. November eine Ersatzwahl nötig. Da niemand das absolute Mehr erreichte, gibt es am 26. Februar 2006 eine Stichwahl. Hanni Schriber-Neiger tritt nochmals an – mit Zuversicht.

Interview Markus Thalmann, Vorstand Gleis 3 Alternative

BULLETIN: Hanni, was fasziniert dich an der Politik?

Schriber-Neiger: Ich diskutiere gerne mit interessanten Menschen, debattiere, entwickle dabei neue Ideen und bearbeite Themen lösungsorientiert.

BULLETIN: Was motiviert dich, nach 14 Jahren intensiver Arbeit im Vorstand von Gleis 3 jetzt auch für den Kantonsrat zu kandidieren?

Schriber-Neiger: Dank meinen zahlreichen politischen Erfahrungen kenne ich



die verschiedenen Abläufe und Zusammenhänge und traue mir dieses Amt zu. Der Kantonsrat ist eine neue Plattform für mich, in die ich mein politisches Vorwissen einbringen möchte. In der Vergangenheit habe ich bereits zwei Kantonsrats-Sitzungen mitverfolgt. Ich weiss also, was mich erwartet.

BULLETIN: Weshalb sollten dich die Rischerinnen und Rischer wählen?

Schriber-Neiger: Ich habe gelernt, Themen und Visionen jahrelang zu verfolgen und Ziele – auch zusammen mit

Gleichgesinnten – zu erreichen. Die Rischerinnen und Rischer würden mit mir eine engagierte Frau wählen, die sich gewohnt ist dranzubleiben und sich wenn nötig durchzubeissen.

BULLETIN: Neben dem Partei-Präsidium führst du Theater-Regie in Merenschwand, wo du in der Trachtengruppe aktiv bist, bringst die Bevölkerung als Schnitzelbänklerin in Rotkreuz zum Lachen und ziehst vier Kinder gross. Wie bringst du all das unter einen Hut?



Schriber-Neiger: Normalerweise wechseln sich die verschiedenen Aktivitäten ab. Mit 47 Jahren habe ich eine gewisse Routine entwickelt, meinen Tag effizient zu organisieren. Zudem sind zwei unserer Kinder bereits erwachsen. Mein Mann Marcel unterstützt mich in allen Bereichen tatkräftig und die Kinder helfen im Haushalt mit.

BULLETIN: Welche Interessen wirst du im Zuger Kantonsrat vertreten?

Schriber-Neiger: Ich werde mich primär in den Bereichen Bildung, Umwelt- und Sozialfragen, Verkehr und Raumplanung engagieren. Diese Themen decken sich mit den Anliegen von Gleis 3 und der Alternative Kanton Zug. Ich werde mich natürlich auch für Rischer Themen einsetzen. Genau verfolgen werde ich das Projekt Autobahnraststätte Zugerhof, welches niemals am vorgesehenen Standort realisiert werden darf. Auch möchte ich mithelfen, die Wasserqualität der stark verschmutzten Rischer Bäche zu verbessern. Oft wird man allerdings von Tages-Aktualitäten eingeholt und daraus entstehen spontane Vorstösse.



BULLETIN: Wie stellst du dir als alternative Kantonsrätin die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Mehrheit vor?

Schriber-Neiger: Es gibt Themen, bei denen einige bürgerliche und linke Kantonsräte das gleiche Ziel und sogar den gleichen Weg verfolgen. Gewisse Projekte lassen sich viel rascher realisieren, wenn sie bereits zu Beginn breit abgestützt aufgebaut werden können. Überparteiliche Arbeit ist für mich kein Fremdwort, denn beim Aufbau des Rotkreuzer Kinderhauses sprach ich zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aller Parteien beim damaligen Rischer Gemeinderat vor.

BULLETIN: Wie beurteilst du deine zweite Wahl-Chance?

Schriber-Neiger: Sie ist intakt, wenn die Stimmberechtigten meine langjährigen politischen Aktivitäten und mein Engagement in verschiedenen Kommissionen der Gemeinde auch in ihre Wahlüberlegungen miteinbeziehen. ■

SVP-Manöver misslungen

red. Die Rischer SVP will, dass die Alternativen den Kantonsratssitz verlieren. Sie unterstützte den SP-Kandidaten Urs Pfründer aktiv. Das Manöver ist aber misslungen. Mit 31,2% hat Hanni Schriber-Neiger den Wähleranteil des Gleis 3 gegenüber 2002 fast verdoppelt, trotz linker Konkurrenz. Die CVP-Kandidatin Brigitte Vaderna erreichte 42,2%, SP-Mann Pfründer 26,6%.

Linke Zuger Solidarität

Die Nationalfondsstudie «Beziehungen Schweiz – Südafrika» hat es an den Tag gebracht: Diese Beziehungen waren wesentlich enger und für das südafrikanische Unrechtsregime wichtiger als offiziell zugegeben. Vieles, was wir schon immer behauptet haben, wird jetzt bestätigt. Eine besondere Rolle spielten Zuger Firmen. Aber auch der linke Widerstand gegen diese Beziehungen.

Das BULLETIN druckt als Faksimile einen Artikel der WoZ vom 6. September 1985 ab.

Judith Kellenberger, Redaktorin
BULLETIN – Faksimile WOZ

Am 9. September kommentierte das Zuger Tagblatt: «Organisiert wurde diese Demo von der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) (die später in der SGA aufgegangen ist, Anm. Red.), welche von mehreren Gruppen – wie etwa der Aktion Südafrika-Boycott – unterstützt wurde. An der Schlusskundgebung auf dem Landsgemeindeplatz verglich SAP-Gemeinderat Dr. Josef Lang den Kampf gegen die Apartheid mit dem Kampf gegen den Finanzplatz Zug.»

Armee, die bei den diesjährigen Unruhen bereits über 600 Schwarze getötet hat, durch ausländische Gesellschaften aufmerksam und forderte die sofortige Freilassung sämtlicher politischer Gefangener Südafrikas.

An der Demo gab es einen größeren Polizeieinsatz. Zur gleichen Zeit liefen schon die Vorbereitungen für die CH-91-der später abgesagten grossen 700-Jahr Feier. Eingeladen war auch die Linke. Diese nutzte die Gelegenheit, um gegen den Polizeieinsatz zu demonstrieren.

Das Protokoll der entsprechenden Sitzung vom 14.10.1985 besagt folgendes:

«Teilnehmer: Landammann Andreas Iten, Hermann Stocker (Projektleiter CH-91), als Vertreter der SAP Bruno Bollinger (heutiger Präsident des Gewerkschaftsbundes Zug) und Peter Huber.»

Sie konnten keine Einigung finden, da Bruno Bollinger darauf bestanden hatte, zuerst die Forderungen abzuklären betreffend Polizeieinsatz bei der Südafrika-Demo. Bevor nicht eine offizielle Stellungnahme abgegeben werde, würden sich er und Peter Huber nicht setzen. Gegenüber den Kundgebungs-Teilnehmenden hätten sie eine Verantwortung. Der Forderung wurde nicht entsprochen. Die beiden sind dann wirklich ihrer Wege gegangen, was Andreas Iten mit einem Bedauern zur Kenntnis nahm.

7. September: Überregionale Südafrika-Demo

Zuger Apartheid-Stadtplan

Am nächsten Samstag, den 7. September, findet in Zug eine bewilligte überregionale Südafrika-Demonstration statt. Sie will Solidarität mit den Farbigen Südafrikas bezeugen und gegen die Apartheid im allgemeinen und die Komplizenschaft des Zuger Finanzplatzes im besonderen protestieren. Die von der SAP Zug angeregte Demo wird von der Anti-Apartheid Bewegung der Schweiz, dem Zentralamerikakomitee Zug, der Aktion Südafrika-Boycott Schweiz, dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH), der RSJ Zug und der WoZ unterstützt.

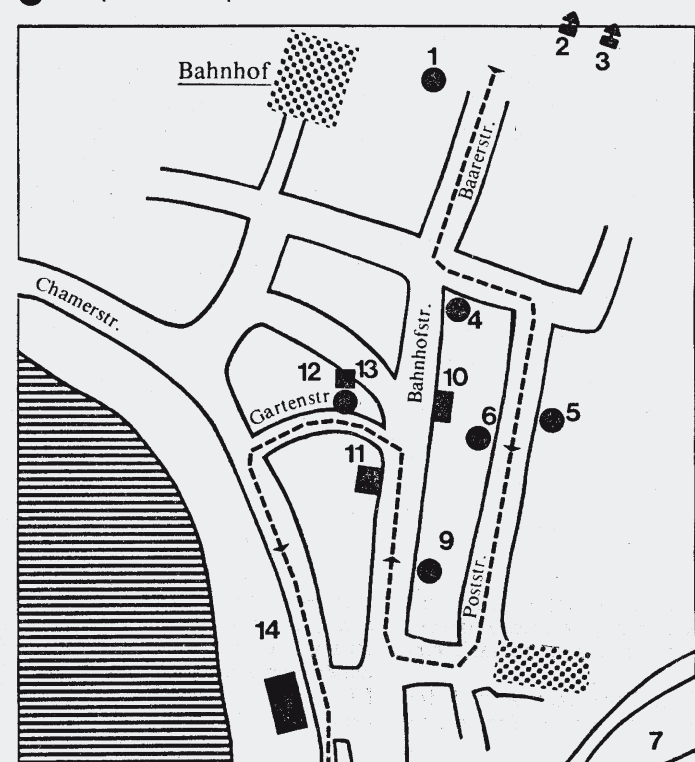
Der Demonstrationszug startet um 14.30 Uhr bei Marc Rich (beim Bahnhof) und führt an 14 Firmen vorbei, die mit dem weissen Unterdrückerregime geschäftet und so dessen Überleben verlängern. An der Schlusskundgebung auf dem Landsgemeindeplatz werden sprechen: Der schwarze Südafrikaner *Sabusaso Bengu* aus Natal, Angestellter des Lutheranischen Weltbundes in Genf, der Afrika-Spezialist und WoZ-Autor *Al Imfeld*, der Zuger SAP-Gemeinderat *Jo Lang*.

Die WoZ druckt den Zuger Apartheid-Stadtplan.

1) Marc Rich, Baarerstr. 37

Einer der weltweit grössten im skrupellosen Business des Metall-, Öl-, Getreide-, Zucker- und Waffenhandels. Nach dem kürzlich herausge-

- Demoroute
- Apartheidstützpunkte und Haltestellen Demo
- Apartheidstützpunkte



Auch Bengu Sabusasom vom Lutheranischen Weltbund machte auf die indirekte Finanzierung der südafrikanischen

Stimmen setzen und einhalten ist auch heute eine der wichtigsten Wege, um sich Respekt und Achtung zu verschaffen. ■

DieWoche

A2 8042 Zürich, Nr. 36, 6. September 1985, Fr. 3.—/DM 4.—

Samstag, 7. September in Zug
Überregionale Südafrika-Demo

(bewilligt)
Start: 14.30 Uhr bei Marc Rich (beim Bahnhof)

Der Zuger Apartheid-Stadtplan Seite 4

Die
Hafner-L

Grosse Wor-
nung an ein
vom letzten
rungsräte
(SVP) und
(FdP) betet



Zuger Unruhe

Zwischen 300 und 400 protestierten am Samstag in Zug für Solidarität mit den Farbigen Südafrikas und gegen die Apartheidgeschäfte des Zuger Finanzplatzes (hier vor dem Gebäude der Marc Rich). Gute Stimmung unter den DemonstrantInnen, griesgrämige Gesichter beim Zuger Bürgertum, das solche Unruhe nicht schätzt.

kommen. Hochglanz-Stadtführer «das bekannteste Wahrzeichen der Stadt Zug». «Marc Rich hat die Stadt Zug im Sack», schreibt A. Craig, Copetas, Autor von «Metal Men». Gleichlautend, aber dezenter drückte sich alt Stadtpräsident Walther A. Hegglin aus: «Solange es der Marc Rich gut geht, geht es der Stadt Zug auch gut.»

2) Ciskei Trading AG, Baarerstr. 101 Firmenzweck: «Förderung und Vermittlung von Waren aller Art mit der Territorium Ciskei bzw. dort tätigen Unternehmen (...).» Ciskei ist ein Bantustan Südafrikas.

3) Philipp Brothers, Grienbachstr. 11 Deren New Yorker Sitz gab kürzlich bekannt, dass sich die Firma «aus Protest gegen Pretorias Rassenpolitik» nunmehr aus dem Edelmetall- und Mineralienhandel mit Südafrika zurückziehe.

4) RTZ Mineral Services Ltd, Baarerstr. 10

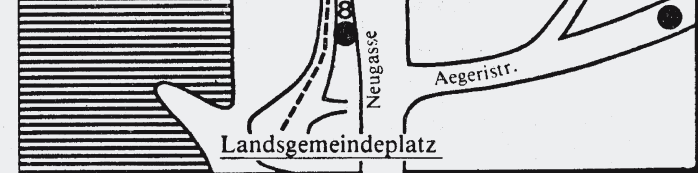
Gehört dem Bergbauriesen Rio Tinto Zink. Handelt mit Uran aus der namibischen Rössing-Mine, einer der grössten der Welt. 1974 erliess der Namibia-Rat der UNO ein Dekret, das den Export von Rohstoffen aus Namibia verbietet und mit Beschlagnahmung droht, solange Namibia von Südafrika besetzt gehalten wird.

5) Hesta AG, Poststr. 18b Kontrolliert über die Luwa AG die Luwa South Africa (Pty) Ltd in Natal. Letztere stellt offiziell Geräte für Air Condition her.

6) Interwil Trading AG, Poststr. 15 Tochtergesellschaft eines südafrikanischen Konzerns. Nach Handelsregister: «Handel mit Produkten der verschiedensten Art, vor allem mit Holzprodukten, sowie die Finanzierung von damit zusammenhängenden Geschäften.» Im Verwaltungsrat, präsidiert vom Südafrikaner Denis G. Raeburn, sitzt auch der Zuger Werner Lusser.

7) Beets Trading AG, Aegeristr. 57 Lieferung bzw. Vermittlung von Erdöl nach Südafrika. Der einzige Verwaltungsrat ist Ex-Regierungsrat Hans Straub.

8) Minoil AG, Neugasse 10 Ebenfalls Öl-Geschäfte.



15

9) Metall und Rohstoff, Bahnhofstr. 10

Zu ihr gehört die AOT AG (siehe zum Erdölgeschäft WoZ Nr. 33/85). Verwaltungspräsident der beiden Firmen ist Paul Stadlin, der in weiterer 74 Verwaltungsräten sitzt und zudem Präsident der Justizprüfungskommission des Kantons ist. Vizepräsident der AOT ist Josef Scherzmann, der weitere 93 Verwaltungsratsmandate innehat. Vizepräsident der Metall und Rohstoff ist alt Stadtpräsident Philipp Schneider, Mitglied der Arbeitsgruppe für einen «sauberen Finanzplatz» und zudem Präsident der Crypto, Steinhausen, welche nachrichtendienstliche Geräte an Südafrika liefert.

10) SBG, Bahnhofstr. 26

Die drei schweizerischen Grossbanken gewährten dem Apartheid-Regime 1983 Kredite in der Höhe von 3'060 Millionen Franken.

11) SKA, Bundesplatz 1 (siehe 10)

12) SBV, Bahnhofstr. 17 (siehe 10)

13) Nielsen Bresling Shipping AG, Gartenstr. 2

An derselben Adresse domiliert sind auch Paul Stadlin, Verwaltungsrat dieser Firma und sein Büropartner Rudolf Mosimann, zeitweilig im Amt suspendierter Zuger Staatsanwalt und Verwaltungsrat unter anderem bei Marc Rich. War kürzlich vor Bundesgericht Verlierer in einem Ehrverletzungsprozess gegen Gemeinderat Jo Lang (SAP).

14) Regierungsgebäude, Postplatz (Siehe 1) Der Zuger Regierungsrat gehört zu den Scharfmachern in Sachen Asylgesetzgebung; ein Bericht von April 1984 warf den Asylanten «arrogantes und forderndes Verhalten» vor, 90 Prozent davon seien sowieso «Pseudoasylanten».

15) Amalia-Weinhandel AG, Waldheimstr. 6

Handel mit Wein aus dem Kapgebiet, z.B. «Nederburger».

Zusammengestellt nach Recherchen von Jo Lang

INSERAT

OMGUS

Ermittlungen gegen die Deutsche Bank
1946/1947
Übersetzt und bearbeitet
von der Partei

Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/1947
Übersetzt und bearbeitet
von der Dokumentationsstelle
zur NS-Politik, Hamburg

Das Dokument ist am 4. September 1985
als Sonderband der
ANDEREN BIBLIOTHEK,
herausgegeben von Hans
Magnus Enzensberger, verlegt
bei Franz Greno, Nördlingen,
erschienen. Preis Fr. 25.-

Genossenschaft
Versandbuchhandlung
buch 2000
Postfach 36
8910 Affoltern a.A.
Tel: 01/761 75 85

Blutige Kohle

An fragwürdigen bis illegalen Geschäften im Rahmen des «Oil-for-Food»-Programmes der UNO war auch die Zuger Rohstoffhandelsfirma Glencore beteiligt, was zu einer Interpellation der Alternativen im Kantonsrat führte. Und in Kolumbien fördert Glencore Kohle, an der Blut klebt.

**Berty Zeiter, Kantonsrätin
Alternative/SGA, Baar – Bild BULLETIN**

Am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember, hängen auch an etlichen Zuger Kirchtürmen weisse Flaggen. Mit dieser weltweit stattfindenden Aktion zeigen wir die Verbundenheit mit den unzähligen Menschen, die in Not und Angst leben müssen. Darauf macht uns das katholische Pfarreiblatt vom 4. Dezember 2005 in seinem Leitartikel aufmerksam.

An der letzten Kantonsratssitzung bin ich einer Frau begegnet, die in solch unmenschlichen Verhältnissen lebt. Es ist Debora Barros, eine kolumbianische Indianerin. Sie besuchte Zug in Begleitung eines Westschweizer Fernsehteams, das einen Dokumentarfilm dreht über Menschenrechtsverletzungen durch das kolumbianische Kohlenminen-Unternehmen Cerrejon, an dem die Zuger Firma Glencore beteiligt ist. Debora Barros erzählte von den menschenverachtenden und ökologisch tragischen Zuständen in ihrer Heimatregion. Es war für mich erschütternd von der Misere zu erfahren, die Glencore und weitere Multis mit der skrupellosen Kohlenförderung in Kolumbien anrichten.

Debora Barros lebte mit ihrer Volksgruppe im Einzugsbereich des Kohlenpots. Am 18. April 2004 kam es in ihrem Gebiet zu einem Massaker, bei dem ein Dutzend Personen auf grausamste Weise ermordet und rund 30 andere verschleppt wurden, unter ihnen Frauen und Kinder. Deboras Familie war vom

Massaker besonders betroffen. Die Überlebenden mussten fliehen. Nach einem Jahr kehrten etliche von ihnen zurück. Doch nach einem Mord, den Paramilitärs unter dem «Schutz» eines Armeebataillons kurz darauf ausübten, mussten sie wiederum die Flucht ergreifen. Das Bataillon wird von den Minenbetreibern bezahlt und ist zuständig für die Sicherheit der Kohlentransporte.

Verbot für Fernsehteam

Diese und weitere unsägliche Gewalttaten geschehen, weil die Rohstoffmultis ihre aggressive Expansionspolitik ungehindert betreiben wollen. Auch eine Diskussion über Menschenrechte wird unterdrückt. Debora Barros ist Anwältin, doch sie wird in ihrem Land nicht angehört. Beschämend aber bezeichnend ist, dass sie während ihres Zuger Aufenthaltes von der Geschäftsführung der Glencore in Baar ebenfalls nicht empfangen und angehört wurde. Beschämend ist auch, dass der Kantonsrat dem

Fernsehteam mit 41:30 Stimmen Film-aufnahmen im Parlamentsgebäude verbot, mit der Begründung, die Anschuldigungen seien imageschädigend für unseren Kanton. Konkret heisst das also: Augen zu vor Menschenrechtsverletzungen, wenn daran Firmen beteiligt sind, die bei uns Steuern bezahlen. ■



Debora Barros (links) besucht die Zuger Kantonsratssitzung im November, begleitet von Berty Zeiter.

Viel Kohle mit Kohle

Carbones del Cerrejon LLC ist eine selbstständige Gesellschaft. Sie betreibt den größten offenen Kohlenpot Südamerikas. Die Multis BHP Billiton, Anglo American und Glencore International besitzen je ein Drittel des Aktienkapitals (anfänglich gehörte der Kohlenpot dem Staat, später kaufte sich Exxon ein, 2002 übernahmen die drei zu Beginn erwähnten Multis Cerrejon).

Die Minen liegen in der Gegend von Cerrejon und sind seit 20 Jahren in Betrieb. Jährlich werden hier rund 25 Millionen Tonnen Kohle abgebaut, die ausschließlich für den Export bestimmt sind. Für den Abtransport baute das Kohlenwerk eine eigene rund 150 km lange Eisenbahnlinie, die zum firmeneigenen Hafen Bolivar (Baia Portete)

führt, wo die Kohle verschifft wird. Neben dem Hafen besitzt das Unternehmen zudem einen eigenen Flugplatz. Der Hafen und der Flugplatz sowie ein Teil der Eisenbahnstrecke liegen auf Stammesgebieten der Wayuu-Indianer. Das Wayuu-Land wurde enteignet, ohne dass die Wayuus eine Entschädigung erhielten. Auch für den Abbau der Kohle gewährt der kolumbianische Staat den Multis erstaunlich günstige Bedingungen. Eigentlich sieht das Minengesetz für nichterneuerbare Energie eine Steuer von 10-15 % vor. Cerrejon dagegen muss nur 0.4 % bezahlen. Gewerkschaften, Oppositionspolitiker und NGOs werfen der Regierung vor, sie habe die Kohlevorkommen in Cerrejon verschandelt und sprechen von Korruption. ■

Die andere Null-Promille-Grenze

Die Steuergesetz-Revision bringt

Holdings nahe an die Null-Promille-Grenze, denn sie würden kaum noch Kapitalsteuern zahlen. Eine

«Milderung» gibts für Aktionäre, und die FDP will Millionäre «entlasten».

Das führt zu einem ungerechteren Zug und ist unsolidarisch gegenüber anderen Kantonen und Ländern.

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative und Präsident SGA, Oberwil

Von Plakaten und in Inseraten predigte die CVP im Herbst den total lokalen Egoismus. «Damit Zug vorne bleibt». Wo vorne, fragte ich mich. Ach ja: Zug ist die Nummer 1 bei Miet- und Lebenskosten. Bei uns lebt eine Familie mit mittlerem oder tiefem Einkommen schweizweit am teuersten. Wollen wir da vorne bleiben?

Dagobert-Duck-Mentalität

Laut klagt die CVP (und andere Bürgerliche), die NFA-Belastung würde das starke Zug schwächen. Das NFA-Jammern entspringt – ebenso wie die Egoismus-Kampagne – einer Dagobert-Duck-Mentalität: je reicher, desto geiziger und ängstlicher! Und darum schlägt die Regierung im Rahmen der Steuergesetz-Revision weitere Steuersenkungen für die Reichen vor, genauer für Holdings und Aktionäre. Seit der massiven Kürzung von 2001 bezahlen Holdings eine einfache Kapitalsteuer von 0,075 Promille. Und nun eine weitere Senkung auf 0,02 Promille. Rund 7,5 Mio. Franken Steuereinnahmen gehen so verloren. Aktionäre werden um 10 bis 20 Millionen Franken «entlastet». Das lockt jedoch noch mehr «privilegierte» Firmen sowie Personen nach Zug und sorgt für eine noch höhere NFA-Rechnung – ohne dass wir dafür angemessene Steuergelder erhalten. Das ist Selbstkastration.

Familien sollen Kröte schlucken

Damit Zugerinnen und Zuger das «Zuger Steuerpaket» schlucken, werden Regierung und Rechtsbürgerliche diese «Kröte» den Familien durch die Erhöhung der Abzüge für Eigen- und Fremdbetreuung schmackhaft machen wollen. Doch diese Entlastungen sind mit etwas über einer Million Franken lächerlich gering. Und sie werden die Mehrbelastungen für Familien durch Sparmassnahmen bei der Musikschule, den Kinderkrippen oder dem Jugendsport niemals aufheben – auch in Zukunft können Familien bei den Steuern niemals gleich viel einsparen wie sie für Wohnen und Lebensunterhalt ausgeben. Eigentlich müsste die CVP-Botschaft lauten: «Gründen Sie eine Holding, eine Familie kostet zu viel.»

Zug heizt so den ruinösen Steuerwettbewerb in der Schweiz an – nur darum führt nun Obwalden die degressive Besteuerung ein: Je reicher, desto weniger zahlt man dort prozentual. Das verletzt das Prinzip, dass jeder gemäss seines Leistungsvermögens besteuert wird und verletzt die Schweizer Bundesverfassung.

Weltweite Armut wegen Steueroasen

Die Zuger Tiefsteuerpolitik ist unsolidarisch mit anderen Kantonen und Ländern. In Zug zahlen gut betuchte Personen und Firmen prozentual immer weniger Steuern. Doch Geiz ist nicht geil. Denn durch globale Steuerflucht verlieren die Länder laut der NGO «Tax Justice Network» weltweit jährlich 255 Milliarden Dollar. Damit könnte die globale Armut bekämpft werden. (Mehr Infos unter www.taxjustice.net).

So können sie ihre Aufgaben bei Bildung, Gesundheit, Verkehr oder Sozialem immer weniger erfüllen. Um Leben oder Tod gehts in Entwicklungsländern. Sie verlieren durch solche Steueroasen

Steuerbelastung in der Schweiz

(100 Indexpunkte = CH-Durchschnitt)

		Gesamtsteuerbelastung	Nat. Pers. (Eink + Verm)	Jurist. Pers (Ertrag + Kapitalst)	Motorfahrz Steuer
ZG	(1)	51.7	49.2	53.3	82.0
SZ	(2)	64.5	63.2	57.4	95.6
TI	(3)	70.8	62.7	89.5	92.2
NW	(4)	75.2	75.8	70.6	81.1
AG	(5)	84.5	81.5	107.6	74.2
AI	(9)	97.2	102.5	62.4	96.5
TG	(11)	102.5	104.7	94.6	70.0
SG	(12)	108.1	109.5	100.9	103.2
SH	(17)	114.9	117.3	110.3	64.7
GR	(18)	116.5	110.8	135.1	135.6
LU	(20)	126.0	130.2	97.8	96.6
VS	(23)	131.5	137.1	112.7	53.3
JU	(24)	138.1	143.2	107.0	125.2
UR	(25)	145.9	154.5	116.2	80.2
OW	(26)	150.3	158.3	101.8	89.3

Trinkwasser, Ernährungssicherung, Schulen oder Spitäler. Harter Steuerwettbewerb sowie die von Holdings oder Rohstoffhändlern geschaffenen Arbeitsplätze reichen also nicht als Begründung, um Grundsätze wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität oder Wirtschaftsethik unbeachtet zu lassen.

Unnötige Steuersenkungen

Gleichzeitig sind die Steuersenkungen in Zug unnötig, weil Zug bereits heute für juristische und natürliche Personen mit Abstand der steuergünstigste Kanton ist (siehe Tabelle) und auch international eine der tiefsten Fiskalquoten aufweist.

Zudem zählen auch andere Standortfaktoren als Tiefsteuern: Lebensqualität, gute Bildung, gute Infrastruktur, gutes Gesundheitswesen, soziale Sicherheit, motivierte und gut bezahlte Arbeitnehmende oder eine effektive öffentliche Verwaltung. In solche Faktoren zu investieren, sei wirtschaftsfördernd, auch wenn es dafür hohe Steuern braucht. Das sagt der Chef-Ökonom des WEF, Augusto Lopez-Carlos. Er präsentierte im Oktober 2005 die Ergebnisse des jüngsten Global Competitiveness Reports. Im Ranking der Wirtschaftsattractivität liegen Staaten mit hohen Steuern und hohen Staatsquoten wie Schweden, Finnland oder Norwegen an der Spitze – vor der Schweiz.

Und darum müssen wir Alternativen die Steuergesetz-Revision mit dem Volksreferendum bekämpfen. ■

Raus aus der Rechtskurve

Wegen rechtslastigen Fanklubs, uneinsichtigen Vereinsleitungen und kleinlauten Verbänden hat der Rassismus in Fussballstadien lange leichtes Spiel gehabt. Doch immer mehr Fussballer und Fussballfans wehren sich.

**Stefan Gisler, alt Fussballschiedsrichter und Hobby-Tschütteler, Oberwil
Bild AP**

Letztlich ist Fussball ein Spiegel der Gesellschaft. Doch das gleissende Scheinwerferlicht der Fussballstadien fördert den Rassismus speziell hässlich zu Tage. Neo-faschistische und rechtsnationalistische Fan-Gruppen treten vor allem in Süd- und Osteuropa in Aktion. Besonders der italienische Fussballverband kann oder will das Rassismus-Problem nicht in den Griff bekommen.

«Dreckiger Neger»

Ende November 2005, während des Spiels Messina – Inter Milan, hatten Inter-Fans den nigerianischen Messina-



EINWURF von LINKS

Das BULLETIN nimmt die WM 2006 in Deutschland sowie die EM 2008 in der Schweiz und Österreich zum Anlass, von links her Beiträge zum kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld des Fussballs einzuwerfen.

Spieler Marc Zoro als «dreckigen Neger» beschimpft und mit Affenlauten verhöhnt. Die über ihre eigenen Anhänger entsetzten Inter-Stars konnten den erbotenen Zoro zum Weiterspielen überreden. «Viele Inter-Spieler engagieren sich gegen Rassismus. Deshalb habe ich mich überzeugen lassen», sagte der 21-jährige Zoro. Inter-Präsident Giacinto Fasetti bat Zoro um Entschuldigung. Und der Präsident von Messina verkündete, dass sein Klub künftig eine Schlüsselrolle gegen Rassismus einnehmen werde.

Zwar noch keine Taten, aber immerhin schöne Worte. Andere Klubs zeigen sich dem Rassismus zugänglicher. Ein Beispiel: Anfangs Jahr feierte Lazio-Spieler Paolo di Canio sein Tor im Derby gegen die AS Roma mit dem Hitler-Gruß an «sein Volk», die rechtsradikalen Ultras in der Nordkurve. Lazio-Präsident Claudio Lotito verteidigte den Stürmer, mit: «Man wird doch noch seine Fans grüssen dürfen.» Der italienische Verband strafte Di Canio mit lächerlichen 10'000 Euro und Lotito gar nicht.

Das liegt an der von Rechten besetzten Funktionärssebene, aber auch an den Medien. Ein richtiger Ultra, ein echter Kerl wie er der italienischen Milliardärsliga fehle, schwärmte die italienische Presse. Di Canios Leidenschaft habe den Sieg gebracht. Unterstützung kam auch von Berlusconi Kommunikationsminister sowie von Francesco Storace, damals Präsident der Region Latium: «Wenn Di Canio sagt, er habe nichts mit Politik zu tun, glaub ich das.» Doch wie unpolitisch ist ein Mensch, der auf seinem Oberarm «DUX», den lateinischen Titel von Mussolini, tätowiert hat? Und wie unpolitisch sind die Lazio-Ultras, die gegnerische Klubs mit Transparenten empfangen, auf denen steht: «Auschwitz ist eure Heimat. Die Öfen euer Zuhause.»?

Härter fasst der Verband «linke» Kritiker an. Er zwang Cristiano Lucarelli, Topstürmer der US Livorno, zu einer 30'000-Euro-Busse, einzig weil er mo-

nierte, sein Klub werde vom Verband aufgrund seiner links eingestellten Fans benachteiligt.

75'000 rechtsradikale Ultras

Zu Recht wird den italienischen Vereinen eine zu lasche Haltung im Umgang mit den radikalen Gruppen unter den eigenen Fans vorgeworfen. Früher gabs in den meisten grösseren Städten einen eher linken und einen eher rechten Klub. So in Rom mit dem Arbeiterklub AS Roma und dem faschistischen Lazio Roma. Heute gibts in der höchsten Liga ausser Livorno mit einer linken Anhängerschaft und drei, vier neutralen Klubs nur noch von rechtsradikalen Fans «unterwanderte» Vereine, das gilt auch für Messina, wo Zoro spielt. Eine aktuelle Studie in Italien zeigte, dass es 75'000 radikale und gewaltbereite Ultras, organisiert in rund 450 Gruppen, gibt. Rund 43'000 von ihnen brüllen in den Stadien jeden Sonntag ihre rassistischen Parolen und geben Affenlaute von sich.

«Kick Racism out of Football»

Rassismus im Fussball ist zwar in Italien am offensichtlichsten, aber auch andere europäische Ligen kranken an latentem Rassismus. England, das Mutterland des Fussballs hat die europäische Vorreiterrolle inne bezüglich Rassismus-Prävention und -Information, aber auch durch Stadionverbote und konsequenter strafrechtlicher Verfolgung von Tätern. Schon seit dem 19. Jahrhundert gibts dort schwarze Spieler. Bis in die 80er-Jahre war für diese jedes Spiel ein unsägliches Spiessrutenlaufen. Es sollte auch bis 1978 dauern, bis mit Viv Anderson der erste Schwarze in der Nationalmannschaft stand. Erst in den 90ern wurde der Verband aktiv, lancierte die Initiative «Kick Racism out of Football» und heute sind rassistische Ausfälle selten. Dennoch ist der leise, strukturelle



Paolo Di Canio «grüsst» seine Anhänger

Rassismus weiterhin anzutreffen. Im «toleranten» England sind ein Viertel aller Fußballprofis farbige, aber nur ein Prozent der Trainer ist es. Und es gibt keinen einzigen farbigen Klubvorsteher in der höchsten Liga.

Fans gegen Rassismus

In Deutschland gehen die rassistischen Vorfälle in den Fußballstadien wie Schmährufe und -plakate seit den 90-er Jahren zurück. Dies vor allem Dank Fan-Initiativen, welche sich gegen Fremdenhass in ihren Fanblöcken wandten. Auch zogen einige Vereine nach und verankerten die Ächtung des Rassismus in ihren Vereins- wie Stadionsverordnungen. Nicht unbedingt weil allen plötzlich multikulturell zu Mute war, sondern weil Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einfach schlecht fürs Geschäft ist – abschreckend für Stadionbesucher, TV-Zuschauer und werbewillige Firmen. Am fortschrittlichsten ist Schalke 04. Der Arbeiterklub aus dem Ruhrgebiet schliesst seit 1994 Vereinsmitglieder mit «rassistischer oder ausländerfeindlicher Gesinnung» aus und erwirkt auch nationale Stadionverbote für diese.

«Stand up Speak up»

Oft sind nicht nur Fans, sondern auch Spieler und Trainer rassistisch. So nannte der spanische Nationaltrainer Luis

Aragonés anlässlich eines Freundschaftsspiels 2004 den französischen Nationalstürmer Thierry Henry einen «negro de mierda», was in Spanien keinen sonderlich aufregte und der europäische Fußballverband UEFA mit lächerlichen 3000 Euro bestrafte.

Thierry Henry selber rief darauf «Stand Up Speak Up» ins Leben, eine weit herum geachtete Initiative gegen Rassismus im Fußball: «Rassismus ist eines der größten Probleme im europäischen Fußball. Die Leute mögen denken, das Problem sei verschwunden, aber das ist es nicht. Es ist Zeit für uns alle – Spieler, Fans und Offizielle – einen klaren Standpunkt einzunehmen. Es ist Zeit, endlich aufzustehen und seine Stimme zu erheben.»

Anti-Rassismus-Plan

Äusserst aktiv ist auch das gesamteuropäische Netzwerk gegen Rassismus im Fußball FARE. Das FARE-Netzwerk wurde vor der EM 2000 im europäischen Parlament formell lanciert. Seitdem ist es gelungen, Fans, NGOs, Migrantengruppen, Verbände und Vereine in 35 europäischen Ländern mit diversen Aktionen und Projekten im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit zu mobilisieren. Unter anderem unterstützen die UEFA und zahlreiche Vereine den Anti-Rassismus-Plan von FARE. Dieser sieht eine Reihe von Massnah-

men vor. Dazu gehören Disziplinarmaßnahmen gegen rassistische Zuschauer und Spieler, die Verhinderung des Verkaufs von rassistischer Literatur vor und im Stadion, die Einführung von gleichen Rahmen- und Arbeitsbedingungen sowie die Einführung gemeinsamer Strategien bei Ordnungshütern und Polizei im Umgang mit Rassismus. FARE fordert auch, dass Schiedsrichter Spiele wegen ernsthafter rassistischer Vorkommnisse unterbrechen oder sogar abbrechen. Gegen die Verursacher dieser Angriffe sollen dann harte Sanktionen ausgesprochen werden.

Auch der Internationale Fußballverband, die FIFA, zeigt nun deutlicher, dass Rassismus aktiv zu bekämpfen ist. An der Topf-Zuteilung im Hinblick auf die Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland wurde der FIFA-Präsident Joseph Blatter ungewohnt deutlich: «Wir haben in den 64 WM-Spielen die Möglichkeit, durchzugreifen, wenn es in Richtung Diskriminierung und Rassismus geht.»

In der nächsten BULLETIN-Nummer: «Fußball und Klassenkampf». ■

www.kickitout.org (Let's Kick Racism out of Football)

www.farenet.org (Football against Racism in Europe)

www.halbzeit.ch (Berner Initiative gegen Rassismus im Fussball)

www.progettoultra.it (Italienisches Fanprojekt gegen Rassismus)

Wo wohnen Sie?

Günstiger, zumeist älterer Wohnraum verschwindet in Zug seit vielen Jahren zu Gunsten von Neubauten. Um diesem Mangel wenigstens teilweise zu begegnen, wurde im Juni 1981 die Volksinitiative zur Bekämpfung der Wohnungsnot vom Stadtzuger Stimmvolk angenommen. Diese verlangte, dass die Stadt bis im Jahr 1990 400 preisgünstige Wohnungen baue. Das Begehren wurde hinterher von bürgerlicher Seite torpediert, dann aber im September 1987 in einer 2. Volksabstimmung nochmals bestätigt.

Urs E. Meier, Gemeinderat Alternative Fraktion, Oberwil – Bilder Natalie Chiodi

Die Umsetzung des Volkswillens erfolgte äusserst harzig. Bis 1990 waren es gerade mal 125 erstellte Wohnungen. Im Jahr 2000 waren es dann deren 235 (von 400). Im April 2000 reklamierte die SP mittels einer Interpellation und verlangte Antwort auf eine ganze Reihe von Fragen. Einen Tag später folgte die FDP-Motion «Gegen weiteren staatlichen Wohnungsbau», welche auch von einigen CVP- und SVP-Gemeinderäten mitunterzeichnet worden war. Darin wurde eine erneute Volksabstimmung verlangt mit dem Ziel, den Auftrag zur Erstellung von 400 stadt-eigenen Wohnungen aufzuheben. Der Wohnungsbau sei keine Kernaufgabe der Stadt. (Der Bau von Parkplätzen und Parkhäusern ist es selbstverständlich schon.)

In einer weiteren Motion forderte die SP im November, bis im Sommer 2001 einen Projektierungskredit für Wohnbauten auf der städtischen Liegenschaft im Roost vorzulegen.

Die widersprüchlichen Signale veranlassten den Stadtrat zur Vorlage Nr. 1600 «Wohnbaupolitik der Stadt Zug» an den

GGR im Mai 2001. Darin wurde im Wesentlichen vorgeschlagen, dass auch der von Wohnbaugenossenschaften erstellte Wohnraum an die 400 geforderten Wohnungen angerechnet werden könne, sofern er im Baurecht auf städtischen Grundstücken realisiert werde. Dieser Kompromiss wurde vom GGR zustimmend zur Kenntnis genommen.

In jüngster Zeit sind es vor allem sechs Fälle, die uns beschäftigen oder es noch tun werden:

- Das ehemalige Jünglingsheim
- Die Wohnüberbauung Roost
- Das Kantonsspital-Areal
- Kauf und Tausch Feldhof / Göbli
- Das Bossard-Areal / Eishalle
- Das Landis & Gyr-Areal Hofstrasse

Für Alleinstehende schwindet das Angebot an Wohngelegenheiten massiv. Mit dem Abriss des Jünglingsheims am Bundesplatz verschwanden mindestens 70 Plätze.

Der geplante Abbruch des Personalhauses des Kantonsspitals wird die Bilanz um ungefähr 80 weitere Einheiten

verschlechtern. Ersatz in vergleichbarem Ausmass ist zurzeit nicht in Sicht.

Private Interessen

Die Vorgänge um die geplante Wohnüberbauung Roost auf städtischem Land bieten ein eigentliches Trauerspiel. Schon im Gemeinderat liess das Verhalten einiger FDP-Leute nichts Gutes erahnen. Sie entlarvten sich als eigentliche Falschspielende. Cornelia Stocker, damals noch Fraktionschefin, sprach sich trotz deutlich geäussertem Unwillen für die Annahme des Baukredits aus, stimmte dann aber trotzdem dagegen. Die Vermutung liegt nahe, dass im Rat dem Bauvorhaben zwar mehrheitlich zugestimmt wurde, weil es sich schlecht macht, den Volkswillen zu missachten, dass im Hintergrund aber massiv dagegen intrigiert wird. Mit der Hilfe sattsam bekannter Rechtsanwälte soll das Projekt mittels Einsprachen vereitelt werden. Einmal mehr soll privater Eigennutz höher gewichtet werden als das öf-



Roost – kein Ort für preisgünstigen Wohnraum?



Das Theiler-Haus: ein Zeuge der Früh-industrialisierung.

fentliche Interesse. Dass an dieser vorzüglichen Lage preisgünstiger Wohnraum entstehen könnte, ist mit dem Weltbild dieser Herrschaften offensichtlich nicht vereinbar. Die eingegangenen Einsprachen haben den Stadtrat dermassen beeindruckt, dass er die bereits terminierte Volksabstimmung über den Baukredit kurzerhand (und ziemlich sicher zu Unrecht) bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen letztinstanzlichen Entscheids verschoben hat. Das könnte Jahre dauern! Vielleicht macht ihm eine Stimmrechtsbeschwerde Beine.

Auf dem Areal der ehemaligen Landis & Gyr an der Hofstrasse zeichnet sich ein weiteres Kräftemessen zwischen bürgerlichem Streben nach Eigennutz und öffentlichem Interesse ab. Kantonsrätin Andrea Hodel hat es fertig gebracht, dass der vom Kantonsrat bereits beschlossene Kredit für dringendst notwendige Gebäudesanierungen sistiert wurde und möchte zusammen mit Gleichgesinnten das gesamte Fabrik-Ensemble an private Investoren verhökern und beseitigen, um Platz für private Interessen zu schaffen.

Auf diesem Gelände befindet sich auch die «Urmutter» der Zuger Indu-

strie, das äusserst interessante und in seiner Bausubstanz gut erhaltene Theilerhaus. Es ist zwar nicht in erster Linie für Wohnzwecke geeignet, bietet in seiner Anlage aber vielfältige Möglichkeiten zu öffentlichen oder privaten Nutzungen. Dieses Zeugnis der frühen Industrialisierung von Zug verdient es (mit Ausnahme der östlichen Anbauten) als Gesamtes, unter Schutz gestellt zu werden. An diesem Ort wurde der Grundstein zum Aufschwung und zum Reichtum unserer Stadt gelegt.

Im Norden grenzt das Gelände an den Zurlaubenhof und im Osten an eine Parzelle im Besitze der Stadt. Alles zusammen ergäbe auch unter Einbezug der schützenswerten Bauten ein sehr interessantes Entwicklungsgebiet sowohl für öffentliche wie auch private Nutzungen.

Luxusquartiere

Doch ähnlich wie beim etwas südlicher gelegenen Roost sollen gemäss bürgerlicher Lesart wiederum private Interessen dem Interesse der Öffentlichkeit vorgezogen werden. In der Hoffnung auf gute Steuerzahler soll einmal mehr versucht werden, einer gut betuchten Klientel an

bevorzugter Lage die Möglichkeit standesgemässen Wohnens anzubieten. Dabei wird immer wieder ausgeblendet, dass genau diese Klientel es sehr gut versteht, die Steuern zu minimieren oder sogar gar keine zu bezahlen.

Auch die vorgesehene Nutzung auf dem Kantonsspital-Areal ist mangels Durchmischung aus unserer Sicht unbefriedigend. Mit den Wohntürmen, der Altersresidenz und dem Viersterne-Hotel ist ein reines Luxus-Ghetto beabsichtigt, welches kaum zur Belebung von Zug Süd beitragen wird. Dass dabei viele günstige Wohngelegenheiten verschwinden werden, ist bereits erwähnt worden.

Tauschhandel

Dem Vorschlag des Stadtrats, von der Alfred Müller AG ein direkt an der künftigen Nordzufahrt gelegenes 32-Familienhaus in der Überbauung Feldhof zu kaufen, um dem Ziel von 400 Wohnungen näher zu kommen, hätten wir zustimmen können. Der Pferdefuss lag für uns darin, dass dieser Kauf nur im Abtausch mit einem grossen städtischen Areal im Gebiet Göbli zustande kommen sollte. Die Weggabe dieses gut gelegenen Land-



Vom Spital zum Luxus-Ghetto?

stücks im Tausch gegen einen Teil des Kaufpreises für Wohnungen, welche ohnehin erstellt werden, schien uns ein schlechtes Geschäft zu sein für die Stadt. Zusammen mit der SP wurde erfolgreich das Behördenreferendum ergriffen und damit eine Volksabstimmung erzwungen. Alfred Müller mochte sich dieser Abstimmung nicht zu unterziehen und zog sein Angebot erwartungsgemäss zurück. Die Wohnungen werden nun privat vermarktet. Die Stadtzuger Linke wurde in der Presse, unter anderem auch im Tagesanzeiger, als ziemlich doof hingestellt, da sie ihre eigenen Ziele torpedierte. Die Herren Journalisten haben zusammen mit der Stadtrats-Mehrheit und der bürgerlichen Mehrheit im GGR nicht erkannt, dass durch unser Vorgehen zwar nicht weniger Wohnraum gebaut wird, der Stadt aber ein grosses Areal an guter Lage erhalten bleibt. Stadtpräsident Luchsinger hat sich seit der Vorlage Nr. 1600 im Gegensatz zu seiner FDP (es gibt auch noch wenige andere Ausnahmen) sehr für die Realisierung des geforderten städtischen Wohnungsbaus enga-

giert. Äusserst schade ist, dass er sich nun seit dem verhinderten Feldhof-Göbli-Deal offenbar von uns verraten und persönlich beleidigt fühlt. Es bleibt die Hoffnung, dass die weitere, in der Vergangenheit manchmal durchaus auch lustvolle Zusammenarbeit, darunter nicht zu leiden hat.

Hoffnung bleibt

Das grosse Vorhaben Eishalle / Bossard-Areal bietet, so wie es aufgegleist worden ist, sowohl Chancen wie auch Gefahren. Die Chancen der Zusammenarbeit mit einem privaten Investor überwiegen unseres Erachtens den Nachteil der eingeschränkten Mitsprachemöglichkeiten. Unser Anliegen ist natürlich auch hier, dass dank dem Einbezug von günstigem Wohnraum eine gute urbane Durchmischung erreicht wird. Unsere Erwartung, dass in dem für Zuger Verhältnisse doch sehr hohen so genannten Scheibenhaus für die Öffentlichkeit ein nennenswerter Nutzen herauschaut, bleibt ungebrochen. ■

Europa-Politik

Bereits seit 25 Jahren erscheint in sechsmonatiger Abfolge die Schriftenreihe WIDERSPRUCH. Die Publikationen enthalten wissenschaftlich fundierte politische Beiträge, die dem herrschenden Mainstream oft zuwiderlaufen.

Das Heft Nr. 48 ist europäischen Themen gewidmet. Es behandelt diese in gewohnt kompetenter Weise.

In «Die Militarisierung der EU und die Schweizer Sicherheitspolitik» (S. 159–167) warnen Stefan Luzi und Josef Lang vor einer fortschreitenden Militarisierung der EU. Weitere Autorinnen und Autoren beleuchten u.a. die expansive EU-Osterweiterung, die Zukunft der europäischen Verfassungsreform, eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie, wirtschaftliche Ziele der EU sowie ihre Sozial- und Finanzpolitik. Auch Tony Blairs Sozialmodell, das neue Wirtschaftsprogramm der SPS, Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik, die schweizerischen Abkommen mit der EU zur Personenfreizügigkeit und Schengen/Dublin kommen zur Sprache.

WIDERSPRUCH entpuppt sich als gedankliche Fundgrube für politisch interessierte, kritisch prüfende Leserinnen und Leser. ■



Literaturangabe:
WIDERSPRUCH 48: Europa sozial, 264 Seiten, Fr. 25.-, Im Buchhandel oder bei **WIDERSPRUCH**, Postfach, 8026 Zürich, Tel/Fax 044 273 03 02, vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch

180'000 Franken

Als Rudolf Balsiger noch FDP-Gemeinderat war und auf einen Sitz im Stadtrat aspirierte, verlangte er mit einer Motion höhere Löhne für eben diesen Stadtrat. Der Grosse Gemeinderat hat nun ein neues Stadtratsreglement mit einer happigen Salärerhöhung und gleichzeitig einer weitgehenden Lockerung bei der Unvereinbarkeitsklausel beschlossen. Am 12. Februar wird darüber abgestimmt.

Patrick Steinle, Gemeinderat der Alternativen Fraktion im GGR

Bereits in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) war es aussichtslos, die Unvereinbarkeitsklausel für Stadträte zu verschärfen oder im alten Niveau beizubehalten. Darum konzentrierte sich

Kein Filz: ein linkes Kernanliegen

red. Die erste Volksinitiative, welche die Neue Linke im Kanton Zug lancierte, war 1977 die Volksinitiative für einen Regierungsrat ohne Verwaltungsratsmandate. Obwohl damals im Kantonsrat nur ein einziger Sozialdemokrat für die Initiative der RML stimmte und trotz des eher abschreckenden Namens, auf den sich die bürgerliche Gegenpropaganda konzentrierte, erreichte die Initiative in der Abstimmung von 1978 sensationelle 36 Prozent Ja-Stimmen.

Ein Jahrzehnt später nahm die neu entstandene SGA nochmals einen Anlauf, nun gemeinsam mit der SP. Auslöser war die Tatsache, dass der Zuger Staatsanwalt gleichzeitig Präsident in

unser GPK-Mitglied Monika Mathers-Schreggenberger auf die Offenlegung aller Interessenverbindungen der Stadtratskandidaten. Sie forderte, dass diese Verbindungen nicht einfach in einem Register aufgeführt, sondern als Entscheidungshilfe für die Stimmberechtigten von der Stadt aktiv veröffentlicht werden müssen. Der GGR lehnte diesen Antrag ab.

Mehr Geld. ..

Den Ansatz der GPK, die Stadtratsentlohnung vom übrigen städtischen Besoldungssystem zu entkoppeln, erachtete die alternative Fraktion im Prinzip als richtig. Stadträte sind keine städtischen Angestellten. Ebenso begrüsstet wir die klare Regelung bezüglich Stadtratsmandaten und Spesen. Auch mit einer massvollen Lohnerhöhung hätten wir leben können, wenn im Gegenzug die von uns bei der Geschäftsbehandlung geforderte Verschärfung der Unvereinbarkeitsklausel

einem Marc-Rich-Verwaltungsrat war. Auf Marc Rich wartete in den USA eine Anklage von 325 Jahren Gefängnis. Für die amerikanischen Journalisten, die damals aus bürgerlicher Sicht wie eine Heuschreckenplage Zug heimsuchten, war es schlicht unbegreiflich, dass ein Staatsanwalt gleichzeitig Verwaltungsrat sein konnte.

In der Volksabstimmung scheiterte die Linke nur ganz knapp mit über 49 Prozent. Aus dieser «Sieg-Niederlage» entstand schliesslich das heute geltende Gesetz: Zwar nicht ein Vollamt, wie es die Initiative wollte, sondern nur ein Hauptamt. Aber was früher üblich war, nämlich Regierungsräte und Staatsanwalt mit Dutzenden von VR-Mandaten, gibt es heute nicht mehr.

sel berücksichtigt worden wäre.

Wir sind für eine grosszügige Abgeltung für die politische Aufgabe und Verantwortung, die ein Zuger Stadtrat übernimmt. Und 180'000 Franken im Jahr ist sehr grosszügig. Wir fordern dafür im Gegenzug aber einen vollständigen und uneingeschränkten Einsatz für die Interessen der Allgemeinheit.

Einen solchen kann nur erbringen – Ausstandsregeln hin oder her - wer nicht gleichzeitig selber als wirtschaftlicher Akteur im kleinräumigen Zug auftritt. Es gibt dazu ja eine ganze Theorie, wie der materielle Unterbau stets den geistigen Überbau beeinflusst.

... weniger Unabhängigkeit

Nach unserer Auffassung genügt für die Lohnerhöhung nicht der Hinweis auf die im Vergleich zu früher gestiegene Belastung der Stadträte. Auch Pöstler und Piloten müssen heute mehr leisten als früher, oft sogar bei real tieferem Einkommen.

Wir waren aus den vorhin genannten Gründen auch mit der bisherigen Regelung nicht zufrieden und haben von Anfang an klar gesagt, dass wir einer Salärerhöhung nur zustimmen, wenn im Gegenzug die Unvereinbarkeitsklausel verschärft wird. Für mehr Geld wollen wir auch mehr, nämlich mehr Unabhängigkeit, oder, um mit biblischen Worten zu sprechen, dass die Stadträte nicht zwei oder noch mehr Herren dienen.

Leider sind wir damit in der GPK nicht durchgedrungen, im Gegenteil, der §3 (die Unvereinbarkeitsklausel) wurde sogar noch weiter gelockert! Die dafür neu eingeführte Offenlegungspflicht vermag dies kaum zu kompensieren.

Daraus haben wir jetzt die Konsequenzen gezogen und die Vorlage abgelehnt. Da der Antrag auf ein Behördenreferendum Erfolg hatte, werden wir in der Stadt am 12. Februar darüber abstimmen. ■

Wohnung mit zwölf Beteiligten

Eine Ferienwohnung ist nicht gratis zu haben. Pro Jahr fallen schnell mal Fr 20'000.- an für Hypothekarzinsen, feste Ausgaben und Amortisation, ohne dass man nur einmal darin übernachtet hat. Nicht nur deshalb macht es Sinn, eine Ferienwohnung mit Gleichgesinnten zu teilen.

Tony Mehr, Menzingen – Bilder Tony Mehr

In der Schweiz gibt es rund eine Million Ferien- und Zweitwohnungsbetten, zwei Drittel davon stehen in nicht vermietbaren Zweitwohnungen. Fachleute schätzen, dass solche Betten von ihren Eigentümern höchstens während acht Wochen besetzt sind, d.h. für 56 Übernachtungen. Sonst, während mehr als dreihundert Tagen also, sind die Fensterläden geschlossen: ein hässlicher Anblick. Ungenutzt bleibt die teure Infrastruktur, die die betroffenen Gemeinden aufrecht erhalten müssen. Eine Volksabstimmung im Engadin hat diesen Frühling deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die einheimische Bevölkerung den Wildwuchs im Zweitwoh-



Eine Wohnung hat für viele Platz. Die Besitzer der Ferienwohnung «Rigihüsli» teilen ihre Wohnung mit andern. Das ist kostengünstig und sinnvoll genutzt.



Blick frei von der Rigi Scheidegg in die Glarner, Urner und Berner Alpen

nungsbau nicht mehr hinnehmen will. Demgegenüber will der Bundesrat die Lex Koller abschaffen und ausländischen Interessenten den Kauf von Zweitwohnungen wieder ermöglichen. Soll der private Wildwuchs munter angekurbelt werden?

Kurze Anreise

Die Ferienhausgenossenschaft «Rigihüsli» hat während zehn Jahren mit Erfolg eine Alternative ausprobiert, die anders rangeht: Die von ihr erworbene Ferienwohnung in der Überbauung «Panorama» mit wunderbarer Südsicht gehört zur Zeit zwölf Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftlern und funktioniert ähnlich wie der Mobility-Autoteilet. Mit einem Genossenschaftsanteil (7000 Franken) wird man Mitglied und bezahlt pro Übernachtung. Bei zehn Übernachtungen entstehen einer Genossenschaftspartei Kosten von rund 1800 Franken pro Jahr, man finanziert das Haus ja zu zwölf. Und man hat weniger Druck: Wenn man die Wohnung nicht braucht, nutzt sie jemand anders. Im Durchschnitt war die Genossenschaftswohnung in den letzten fünf Jahren an 126 Nächten besetzt, was einer Auslastung von 34 Prozent entspricht.

Wer im Raum Zentralschweiz und bis Zürich wohnt, kann innerhalb einer Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf 1600 Metern sein, in eine völlig

andere Welt eintauchen (oder besser: auftauchen). Für einen Anbau, für eine Bordabstützung und für den Bau einer neuen Treppe konnten die Beratung und Dienste der ansässigen Leute eingeholt werden, was immer wieder zeigte, dass die Genossenschaft auf der Rigi bestens akzeptiert und integriert ist. Sie unterstützt mit ihrem Standort auf Rigi Scheidegg auch eine Tourismusregion, die nicht von den Massen heimgesucht wird. Dafür hat man's ruhig und kann wunderbar von stressiger Arbeit abschalten.

Im Voraus gebucht

Was ich für mich persönlich als grossen Gewinn der Genossenschaftsform erlebe: Wir gehen nicht auf die Rigi, wenn schönes Wetter ist, sondern wir haben im Voraus gebucht und müssen uns vom Wetter überraschen lassen. Dabei erleben wir den Berg erst wirklich in all seinen Facetten: mal freundlich, mal rau. Was ist das immer gleiche Sonnenwetter (das ich gelegentlich auch erlebe und genieße) gegen einen Schneesturm oder gegen das Vorbeijagen von Wolkenketzen, wenn es nach Regen oder Nebel wieder aufklart? ■

Die Genossenschaft kann weitere Mitglieder aufnehmen. Kontakt: Tony Mehr, Menzingen, 041 755 10 35, mehr@zugernet.ch. Internet: www.rigihuesli.ch.



Den Titel «dümmste Werbung des Jahres» hat die **Swisscom** auf sicher. Ausgerechnet mit einer Schwangeren die schädlichen DECT-Funktelefone zu propagieren, ist noch dümmter als der Blocher-Bundesrats-Swisscom-Beschluss, der den Swisscom-Börsenwert in Nullkommantochts um 1,5 Milliarden drückte.

Die erfolgreiche Überraschungsaktion von **Blocher** illustriert exemplarisch, wie schwach der Rest-Bundesrat zurzeit ist. Oder ist das alles nur raffinierte Taktik, damit auch der SVP-anfällige Teil des Volkes langsam merkt, wie gross das Schadenspotential des Berserkers von der Goldküste ist?

Noch nicht gemerkt hat die **Unterägerer SVP**, dass das Prinzip des ungebremsten mörderischen Steuerwettbewerbes keine politischen Rücksichten nimmt. Weinerlich beklagt sich der Unterägerer **SVP-Präsident Heiler** darüber, dass Unterägeri wieder die rote Laterne übernimmt und einen um 26% höheren Steuerfuss als Walchwil hat. Und lobt im gleichen Atemzug Obwalden für seinen Kamikaze-Steuerakt. Ausbaden muss das in

Unterägeri übrigens der Finanzchef **Gianola** – ebenfalls von der SVP.

Der Zusammenhang zwischen der eigenen Politik und den Konsequenzen in der Gesellschaft ist auch dem Schweizerischen Gewerbeverband immer noch ein Rätsel. Im letzten «**Zuger Gewerbe aktuell**» war unter dem Titel «Immer mehr Normalbürger bedienen sich grosszügig» Folgendes zu lesen: «Mehr Sorgen bereitet den Verantwortlichen die zunehmende Bereitschaft vieler «Normalbürger», ohne ethische Hintergedanken im Alltag die Grenzen des Sozialstaates auszureizen.» Jahrzehntlang wird von den gleichen Leuten systematisch der Staat verteuftelt, unter dem irreführenden Titel der «Selbstverantwortung» die egoistische Ellbogengesellschaft propagiert und in Kauf genommen, dass gescheiterte Wirtschaftsgrössen Millionenabfindungen abzocken. Aber dann jammern sie, wenn immer mehr «Normalbürger» sich genau so verhalten – das haben wir gerne. Und dass im gleichen Artikel der Champion dieser Crash-Politik über den Klee gelobt wird, deutet die Grösse der Hirnschranke in dieser Frage an.

Wenig Schranken kennt die politische Liebe der beiden bisherigen **Ständerate Bieri und Schweiger**. Nur nach langem Nachdenken fallen ihnen einige marginale Unterschie-

de ein – am liebsten wünschen sie sich, für weitere vier Jahre im Schlafwagen nach Bern zu reisen. On verra ...

Ebenfalls in den Armen liegen sich die beiden Anwärter für das schöne Amt des Baarer Gemeindepräsidenten. Nun warten wir auf die Homestory in der Schweizer Illustrierten, welche **FDP-Hotz** und **CVP-Langenegger** im gleichen Bett zeigt. Titel: «Jobsharing in Baar».

Gut dazu passen würde dann auch noch **SP-Mann Gössi**. Das Eintrittsbillet für die grosse Baarer «Mer händs doch so guet zäme»-Koalition ist mit der Zustimmung der Baarer SP zur Steuersenkung ja schon bezahlt.

Apropos – die **SP Schweiz** diskutiert eine Volksinitiative gegen die Steuersenkungsspirale. Gut möglich dass diese am nationalen Parteitag der SP im September 2006 lanciert wird. Und kein Witz: dieser Parteitag wird in Baar stattfinden. Alles Baar?

Nichts klar ist im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Die **straubartige Ratsführung** sorgt immer wieder für allerlei Gymnastik (heftiges Kopfschütteln und/oder Armrudern, krampfartiges Pultstützen, Toilettenbesuche in verschärftem Tempo). Und nun wird die Abstimmung über den Steuerrabatt mit guten Erfolgchancen angefochten. «Ich stimme so ab, wie ich will!» – für den eher

beratungsresistenten **Ulrich Straub** ist die Geschäftsordnung des GGR blosses Makulatur.

Derweil plagt die im selben GGR proklamierten «**Vereinigten bürgerlichen Fraktionen**» (Zitat FDP-Camenisch) die vereinigte Verarmungsparanoia – es könnten ja ein paar Superreiche nach Obwalden abschleichen, da geben wir doch lieber nochmals 5 Prozent Rabatt. FDP-Fraktionschefin **Barbara Hotz-Loos** beschwört den drohenden Abstieg aus der Champions League. Wer kopflos herumrennt, bloss weil ein kleiner Bergkanton die Steuern für Reiche fast abschafft, wird das Goal tatsächlich nicht finden.

Ein Eigentor geschossen hat die Zuger Regierung. Aufgescheucht von der alternativen Zentralspital-Interpellation hat die Zuger Regierung zwar schnell reagiert, aber im entscheidenden Punkt zu wenig transparent. Was die hartnäckig recherchierende «**Neue ZZ**» prompt verwertete. Die Folge: rote Köpfe bei diversen Entscheidungsträgern. Aber wenigstens ist jetzt das Geheimnis gelüftet, weshalb Baudirektor **Hansbeat Uttinger** als früherer Gemeinderat der Stadt Zug während seinen Reden im GGR stets in seiner Hosentasche klimperte. Jetzt zauberte er rund 2,5 Millionen aus seinem Sack. ■

(Die ungekürzte Version des Frontal unter www.bulletinzug.ch/frontal)

Buch



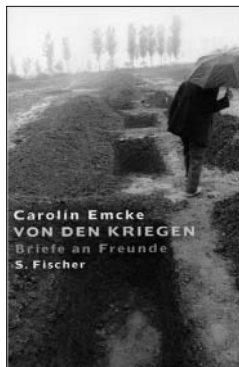
Aus-Lese

Ulla Schiesser und Lorenz Gerber, Zug

Lieber Lorenz

Es ist schon spät, ich weiss. Aber ich habe soeben das schmale Buch von **P.F. Thomése «Schattenkind»** noch einmal gelesen und bin hellwach, tief berührt von dem eindringlichen Text. Ein Paar verliert sein Baby. Das ist der grösste Schmerz, den ich mir vorstellen kann. Literarisches Vermächtnis eines Vaters, der mit seiner Trauer ringt, sich immer wieder um Nüchternheit bemüht, Philosophie und Literatur zitiert und von der Hoffnung erzählt, das Kind möge davonkommen, es gäbe Rettung. Für das Kind, für das Paar, für ihr Glück. Man erahnt beim Lesen den unermesslichen Schmerz, aber auch die Freude über den hellen Punkt, den «Vulkanausbruch», die Geburt des Kindes. Thomése nimmt einen mit auf seine Suche nach Worten, mit denen er die Tochter noch einmal erfinden, noch einmal erzählen, noch festhalten will. Mit Schreiben, denn: «Wenn es sie noch irgendwo gibt, dann in den Wörtern, auf die ich nachts warte.» Lorenz, ich gehe Paula zudecken und danke allen Göttern, dass nur die Pubertät durchzustehen ist, und das ganz gewöhnliche, komplizierte Leben mit einem streitbaren, lebendigen Tochterkind.

Ganz anders – aber auch erschütternd – finde ich das Buch «**Von den Kriegen**» der



Journalistin **Carolin Emcke**. Sie beschreibt die tiefen Spuren von Gewalt und Zerstörung, die vergangene und aktuelle Kriege im Leben von Menschen hinterlassen. Ihre «Briefe an Freunde», wie das Buch im Untertitel heisst, sind sehr persönliche, unglaublich dicht geschriebene Berichte über Begegnungen und Erfahrungen in Krisengebieten der Welt. Aber auch darüber, dass man unter schlimmsten Bedingungen versuchen kann, Mensch zu bleiben und ein würdiges Leben zu führen. Ich bin begeistert von dem Buch, aber auch wütend über das, was ich erfahre, empört über die geschilderten Zustände und mein Unwissen. Und entzückt über Anfangssätze wie: «Liebe Freunde, manchmal zieht uns das Unverständene magisch an.» Lorenz, die Autorin erwähnt im Vorwort auch das Buch von **Susan Sontag: «Das Leiden anderer betrachten»**. Du hast das doch gelesen und auch Emcke – was sagt der Historiker und Germanist dazu? Erwarte ungeduldigst deine Antwort.

Liebe Ulla

Du fragst mich nach meiner Meinung als Fachmann, doch darüber möchte ich eigentlich nicht schreiben. Das würde dem Buch von Emcke nicht gerecht. Es ist ein Buch, das mich als Mensch berührt hat. Obwohl mich die Genauigkeit der Beschreibung und die Schärfe der Analyse von Emcke beeindruckt haben, sind mir die Nähe zu den Menschen und das Mitgefühl der Autorin am besten in Erinnerung geblieben. Zum Beispiel die Begegnung mit rumänischen Strassenkindern auf einer Verkehrsinsel, wo der beschriebene kurze Moment einer Berührung mehr ausdrückt als ein ausführlicher gesellschaftspolitischer Kommentar.

Susan Sontag sagt in ihrem Buch, dass man gegen das Leiden anderer protestieren kann, indem man dieses Leiden beschreibt. Anders als bei Emcke kann mit der Darstellung menschlicher Not aber auch eine voyeuristische Ader befriedigt werden. Ich habe mir überlegt, dass mein Bild vom Krieg, von Hunger, von Tod letztlich nur durch die Medien geprägt ist und ich kaum auf eigene Erfahrungen und eigenes Erleben zurückgreifen kann. Natürlich bin ich dankbar, dass es so ist, aber mir ist bei der Lektüre von Sontags Text klar geworden, in welchen «Rausch der Grässlichkeit» wir uns täglich bei der Zeitungslektüre versetzen. Überzeugt und betroffen gemacht hat mich Sontags Fazit, dass wir durch die Betrachtung des

Leidens anderer das Recht auf Unschuld, Oberflächlichkeit, Unsicherheit oder Vergesslichkeit verlieren und wir «moralisch oder psychologisch» erwachsen werden müssen.

Ulla, weisst du, was das Heuser-Phänomen ist? Dahinter verbirgt sich das spurlose Verschwinden von Jugendlichen an ihrem sechzehnten



Geburtstag. In einer düsteren und etwas unheimlichen Atmosphäre beschreibt **Birgit Vanderbeke** in «**Sweet Sixteen**» keine Verbrechen, sondern eine neue Form von Protest junger Leute, die sagen: «Wir spielen nicht mehr (mit)!» Eindrücklich ist die Sprach- und Hilflosigkeit der Erwachsenen, die das «Passwort» zur Welt der nächsten Generation nicht mehr kennen, Hoffnung gibt die Konsequenz, mit der die Jugendlichen sich vereinen: «Wir sind viele. Allein, aber nicht einsam.»

Es dauert ja noch eine Weile, Ulla, bis Paula sechzehn ist, aber wenn sie plötzlich ein hellblaues T-Shirt trägt mit der Aufschrift «Free your mind», solltest du dich auf etwas gefasst machen. ■

Veranstaltungen



Kino



Adressen



Impressum



Veranstaltungskalender

DO, 5. Januar: SGA Monatsbar
18.30, Pro Arbeit, General-Guisan-Str. 22 in Zug
Uustrinkete! Letzte Monatsbar in den Räumlichkeiten von Pro Arbeit

SA, 7. Januar: Krifo-Stamm
8.00 – 10.00, Café Neudorf, Cham

MI, 1. Februar: Alternative Monatsbar
Siehbachsaal, Zug
Aatrinkete: Erste Monatsbar der Alternative Kanton Zug

SA, 4. Februar: Krifo-Stamm
8.00 – 10.00, Café Neudorf, Cham

MO, 20. Februar: Öffentlicher Höck Freie Wähler / Alternative
Ab 20.15, Rest. Adler, Menzingen

MI, 1. März: Alternative Monatsbar
Siehbachsaal, Zug

SA, 4. März: Krifo-Stamm
8.00 – 10.00, Café Neudorf, Cham

DO, 30. März: Krifo Vorstandssitzung
20.00, Lorzensaal, Cham

DI, 4. April: Generalversammlung Krifo Alternative Cham
20.00, Rest. Vilette, Cham

MI, 5. April: Generalversammlung Alternative Kanton Zug
Siehbachsaal, Zug

MO, 10. April: Gemeindeversammlung
20.00, Lorzensaal, Cham

FLiZ-Programm



Montag, 16. Januar 06, 20.00 Uhr: MEIN NAME IST BACH von Dominique de Rivaz

CH-Filmpreis 2004 + beste Nebenrolle

Inspiriert von einer wahren Begebenheit, erzählt Dominique de Rivaz von der spannungsvollen Begegnung zweier Ikonen der Weltgeschichte: Johann Sebastian Bach und Friedrich II.

Dominique de Rivaz ist anwesend!



Montag, 13. Februar 06, 20.00 Uhr: THE GIANT BUDDHAS von Christian Frei

Ein filmisches Essay über die alten Steinkolosse, die März 2001 in die Luft gesprengt wurden. In einer atemberaubenden Landschaft verknüpft Christian Frei unvoreingenommen die Beziehung des Menschen zu seiner Geschichte, seiner geistigen Welt und zu Gewalt und Terror.

Christian Frei ist anwesend!

März steht noch nicht fest! Wenn «Darwins nightmare» in Zug nicht gezeigt wird, bringt ihn das FLiZ!

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch

Freie Wähler Menzingen
Postfach 112, 6313 Menzingen
www.maenzige.ch
m.aepli@gmx.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123, 6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
rosemarie.faeandrich@data-zug.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber
Unt. Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

KRIFO Alternative Cham
Esther Haas
Sonneggstr. 11, 6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

Sozialistisch Grüne Alternative
Postfach 4805, 6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 4, Dez. 2005, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan
Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1300 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1054 Ex.

Abonnements: Fr. 25.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 1/2006: Freitag 17. März 2006

Erscheinungsdatum: Donnerstag 30. März 2006

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

A large, empty rectangular box with a thin black border, intended for entering address corrections. The box is currently blank.